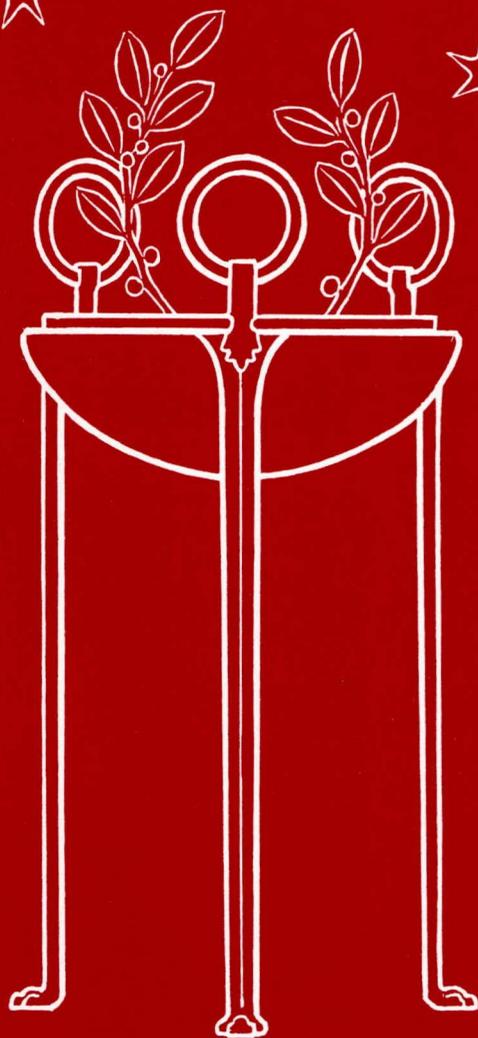


1 S20587 F



Fragen der Freiheit

Mai/Juni 1989
Heft 198

Wert und Währung
Zur Verwirklichung des alternden Geldes

Für das größte Unheil unserer Zeit, die nichts reif werden läßt, muß ich halten, daß man im nächsten Augenblick den vorhergehenden verspeist, den Tag im Tage vertut und so immer aus der Hand in den Mund lebt, ohne irgend etwas vor sich zu bringen. Haben wir doch schon Blätter für sämtliche Tageszeiten! – ein guter Kopf könnte wohl noch eins und das andere interkalieren.

Dadurch wird alles, was ein jeder tut, treibt, dichtet, ja, was er hat, ins Öffentliche geschleppt. Niemand darf sich freuen oder leiden, als zum Zeitvertreib der übrigen, und so springts von Haus zu Haus, von Stadt zu Stadt, von Reich zu Reich und zuletzt von Weltteil zu Weltteil, alles veloziferisch.

So wenig nun die Dampfmaschinen zu dämpfen sind, so wenig ist dies auch im Sittlichen möglich; die Lebhaftigkeit des Handels, das Durchrauschen des Papiergelds, das Anschwellen der Schulden, um Schulden zu bezahlen, das alles sind die ungeheuern Elemente, auf die gegenwärtig ein junger Mann gesetzt ist.

Wohl ihm, wenn er von der Natur mit mäßigem, ruhigem Sinn begabt ist, um weder unverhältnismäßige Forderungen an die Welt zu machen, noch auch von ihr sich bestimmen zu lassen!

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 198

Mai/Juni 1989

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Jobst von Heynitz</i>	
Keynes »Carrying costs« – ein erster Schritt zum alternden Geld und ausreichender Finanzierung der Kultur?	3
<i>Ernst Winkler</i>	
Wert und Währung	27
<i>Fritz Penserot</i>	
Arbeitslosigkeit – Wie lange noch?	44
<i>Jobst von Heynitz</i>	
Zukunfftige Landwirtschaft – eigenständig, ökologisch und onomisch	51
<i>Berichte</i>	
<i>Eftim Haralanoff</i>	
Österreich – wohin gehst du?	55
<i>Buchbesprechung</i>	
<i>Hugo Schwenk</i>	
Die große Rezession von 1990	57
<i>In Memoriam Heinz-Peter Neumann</i>	
<i>Heinz-Hartmut Vogel</i>	59
<i>Eckhard Behrens</i>	60
<i>Hermann Hummel</i>	62
<i>C. F. Meyer, Chor der Toten</i>	63
<i>Ankündigung</i>	64

Keynes' »Carrying-costs« – ein erster Schritt zum alternden Geld und ausreichender Finanzierung der Kultur?*)

Jobst von Heynitz

I. Alterndes Geld – eine wesentliche Voraussetzung der Dreigliederung des sozialen Organismus

Mit seinem sozialwissenschaftlichen Werk »Die Kernpunkte der sozialen Frage«¹ hat Rudolf Steiner Wege gewiesen, wie die soziale Frage überwunden werden kann. Zentraler Ansatzpunkt war die Dreigliederung des sozialen Organismus in das staats- und wirtschaftsfreie, für die Selbstverwaltung reife Geistesleben², in das sich unabhängig von Staatseinrichtungen und staatlicher Denkweise gestaltende Wirtschaftsleben³ und in das zwischen beiden stehende Dritte, das politisch-rechtliche Staatsleben⁴, das das gesellschaftliche Ganze mit den Polen Geistes- und Wirtschaftsleben ordnet.

Neben diese drei Kernpunkte für den sozialen Organismus stellt Rudolf Steiner u. a. das sich abnützende (alternde) Geld. Ein gesunder sozialer Organismus braucht diese Geldeigenschaft.⁵ Geld spielt, weil jedermann auf diesen notwendigen Tauschmittler angewiesen ist, in allen Lebensbereichen eine große Rolle. Es wird zur Finanzierung des persönlichen Konsumbedarfs, wirtschaftlicher Investitionen, der Kultur und des staatlichen Bereichs gebraucht. Es ist ein wichtiger Bezugspunkt für menschliches Handeln, für viele Menschen der bedeutendste Bezugspunkt. Denn in der Wirtschaft, aber auch außerhalb davon schaut man darauf, daß sich alles Tun rentiert wie das auf der Bank angelegte Geld. Man produziert z. B. nicht in erster Linie für den Bedarf, sondern produziert, was sich rentiert. Nur, weil und soweit man Konsumenten braucht, um mit ihrer Hilfe die Produktion rentierlich zu gestalten, kommt ihr Bedarf in den Blick und wird auf ihre Wünsche geschaut. Das erklärt, warum Rudolf Steiner sich immer wieder gegen das wirtschaftliche Vorteilsstreben ausgesprochen hat, diesen »An-

*) Aus: »Wesen des Geldes«, Verlag Freies Geistesleben 1989

1 Rudolf Steiner, »Die Kernpunkte der sozialen Frage«, GA Bibl. Nr. 23, Dornach 1961, im folgenden als »Kernpunkte« zitiert.

2 Kernpunkte (Fn. 1), S. 10.

3 Kernpunkte (Fn. 1), S. 16.

4 Kernpunkte (Fn. 1), S. 20.

5 Kernpunkte (Fn. 1), S. 130 und 132f.

trieb für die Betätigung der individuellen Fähigkeiten« durch einen Antrieb ersetzt sehen wollte, der »in dem aus einem gesunden Geistesleben erfließenden sozialen Verständnis liegen« wird⁶, und warum er über eine andere Geldverfassung nachgedacht hat.

II. Verschränkung von Kultur, Wirtschaft und Staat

Das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 hat wesentliche rechtliche Voraussetzungen zur Gesundung des sozialen Organismus und seiner Dreigliederung geschaffen, vor allem mit den Grundrechten. – Privatschulen dürfen sich – durch ihr Grundrecht gesichert – relativ weit und die Hochschulen in beschränktem Umfang selbst verwalten. Künstler und soziale Dienste dürfen sich frei entfalten, gesichert durch Art. 12 Grundgesetz, und sich auch als Gemeinschaften zusammenschließen, gesichert durch Art. 9 Grundgesetz usw. Einiges ist daher auf dem Gebiet des Rechts für die Selbstverwaltung des Geistes- und Kulturlebens erreicht. Aber Freiheit ist im Kultur- und Geistesleben noch nicht eingerichtet. Denn man spricht z. B. auch heute von »Freiheit der Wissenschaft und Lehre«⁷, hält aber die Schulbildung und die Wissenschaft und Lehre an den Universitäten noch weitgehend in staatlicher Verwaltung und ist damit auch zufrieden und kann sich kaum etwas anderes vorstellen, so daß noch viel getan werden muß, bevor das Recht der Selbstverwaltung erstritten ist. – Aber selbst bei erstrittenem Selbstverwaltungsrecht wäre heute die Selbstverwaltung nicht möglich, weil die Realbedingungen für die Selbstverwaltung des Kultur- und Geisteslebens fehlen, vor allem ihre staatsfreie Finanzierung nicht gesichert ist. Zwar ist unsere Volkswirtschaft reich geworden, und privates Geld könnte dafür reichlich strömen. Aber Spenden für gemeinnützige kulturelle Zwecke sind nicht selbstverständlich. Steuervergünstigungen müssen sie schmackhaft machen. Aber trotzdem strömen sie nicht reichlich genug. Die öffentliche Hand muß helfen, ob ihre Organe wollen oder nicht. Und so sind Theater, Opern, Museen, Kunstakademien, Musikhochschulen und Universitäten als Stätten »freier« Künste, Forschung und Lehre, Schulen und Kindergärten, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen und Dienste aus finanziellen Gründen weitgehend staatliche oder kommunale Veranstaltungen, finanziert aus Steuergeldern oder Staats- und Kommunalanleihen. Private Kindergärten, Schulen, Universitäten, Theater, soziale Dienste und Einrichtungen sind ohne staatliche Zuschüsse nicht existenzfähig.⁸

6 Kernpunkte (Fn. 1), S. 95f.

7 Kernpunkte (Fn. 1), S. 81.

8 Soviel öffentliche Hand in der Kultur müßte Wissenschaftler und Politiker auf-

Das Grundgesetz sichert mit Artikel 2, 12 und 14, ergänzt durch Artikel 9, weite Entfaltungsrechte im Wirtschaftsleben. Aber ein Teil seiner Einrichtungen ruht nicht auf der Brüderlichkeit als Ordnungsprinzip des Wirtschaftslebens⁹, insbesondere die Geldverfassung. Dieser Mangel nimmt dem Wirtschaftsleben seine volkswirtschaftliche Effizienz. Daher sind die Stagnation der Wirtschaft, die Sättigung vieler Märkte¹⁰, die Arbeitslosigkeit und die ungleiche Vermögensverteilung riesige, scheinbar unlösbare Probleme und rufen den Staat als Nothelfer auf den Plan. Die Märkte sind heute nicht absolut gesättigt, sondern befinden sich nur in einem Stadium relativer Sättigung, erkennbar auch an der Spar-Entwicklung.¹¹ Eine sich entwickelnde, vom technischen Fortschritt begleitete Wirtschaft, so lautet eine alte Verheißung, werde der Not ein Ende setzen und satt machen. Sättigung heißt, daß diese Hoffnung beginnt, in Erfüllung zu gehen. Aber diese – an sich erfreuliche – Entwicklung ist nicht willkommen. Sie schafft Angst. Denn unter den heutigen Bedingungen heißt Sättigung von Teilmärkten Arbeitslosigkeit. Deshalb darf Sättigung kein Ziel sein. Sie ist als vorübergehender Engpaß zu behandeln, der bald über Wachstumsimpulse aus technischen Innovationen oder mit öffentlicher Hilfe, z. B. über staatliche Nachfragestützung oder Investitionsprogramme, überwunden sein muß. – Die

merken lassen, die den Rückzug der öffentlichen Hand fordern. Aber sie wollen in der Regel den Rückzug nur aus der Wirtschaft und rechnen – aus welchen Gründen auch immer – kulturelle Güter und Dienste, z. B. Grundlagenforschung, Schulen, Wiederherstellung der zerstörten Umwelt usw. zu den öffentlichen Gütern, die nur der Staat und die Kommunen bereitstellen können. Das ist Ausdruck tief verwurzelter Denkgewohnheiten und insofern erklärlich, aber für Mensch und Natur hart, die beide mehr Kultur brauchen.

9 Kernpunkte (Fn. 1), S. 89.

10 Der Absatz an Nahrungsmitteln ist seit Jahren nur noch geringfügig gewachsen und erweiterbar. Von 100 Haushalten besaßen nach Zahlen des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektroindustrie 1985 (Zahlen für 1965 in der Klammer) Rundfunkgeräte 98 (1968: 87), Staubsauger 97 (78), Bügeleisen und Kühlschränke 96 (74), Waschmaschinen 91 (51), Farbfernseher 87 (1968: 2), Kaffeemaschinen und Toaster 83 (7 bzw. 23), Plattenspieler und Tonbandgeräte 71 (40 bzw. 26), Gefriergeräte 55 (6), Videorecorder 34 (–), Bügelmaschinen 12 (3). – Einen Pkw besaßen nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 5./6. Dezember 1987 31% der Rentnerhaushalte, 93% der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und 97% der Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen.

11 Die Sparquote privater Haushalte hat sich von 1950 von 4% des verfügbaren Einkommens bis 1975 auf 16% gesteigert und bewegt sich seither im Durchschnitt bei 13,5%. Unternehmen, die ihre Geldgewinne nicht völlig in die Produktion oder den Kauf von Investitionsgütern stecken, sondern dicke Portefeuilles von Staatspapieren und anderen Finanzaktiva halten und andere Firmen bis zu Konzernen wie AEG aufkaufen, werfen ein Schlaglicht auf die Sättigungserscheinungen ebenso wie das rasend um die Welt strömende und verzinsliche und rentierliche Anlage suchende

heutigen Realbedingungen der Wirtschaft und das herrschende Staatshilfe- und Wachstumsdenken lassen das von staatlichen und anderen Eingriffen freie Wirtschaftsleben mit der nur dienenden Funktion, Menschen satt zu machen, nicht zu.

Das Grundgesetz hat auch politisch-rechtlich Wesentliches erreicht. Es erlaubt Parlamenten, Regierungen und Verwaltungsbehörden in Bund und Ländern, Interessen auf das rechtliche Maß zu begrenzen und den staatlichen Einfluß einzudämmen, damit das Geistesleben sich freier entfalten und das Wirtschaftsleben mehr auf Brüderlichkeit ruhen kann.¹² Aber das Erlaubte dürfte erst getan werden, wenn die Wirkungsmöglichkeiten dieser Staatsorgane weiter auf rechtsstaatliche Aufgaben begrenzt sind, ihre Unabhängigkeit gegenüber wirtschaftlichen und kulturellen Interessen gestärkt, die Gewaltenteilung verbessert und der Einfluß der Bürger auf die Gesetzgebung vergrößert ist. Da das alles noch fehlt, dürfen und können sie sich mit Gesetzen und auf ihrer Grundlage nach wie vor für private Interessen einsetzen und tun das auch kräftig. Außerdem sind die Sachzwänge für die Staatsorgane, sich intensiv als Finanzier und Träger mit dem Kultur- und Geistesleben zu beschäftigen und als Reparaturbetrieb für Schäden der ungeordneten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse aufzutreten, noch zu stark, um erwarten zu können, daß sie sich nur der rechtsstaatlichen Aufgabe widmen.

III. Mehr Kultur oder weiter mehr Wirtschaftswachstum und Staat?

Ansätze, anders als bisher zu denken und zu handeln sind erkennbar, aber sie reichen nicht weit genug. Abhängig vom politischen Standort erwartet

Geld, das beträchtliche Wechselkursschwankungen auslöst und eine Ursache für heftige Aktienkurshaussen und -baissen und Kursausschläge an anderen Börsen ist. – Relative Sättigung heißt nicht, daß es allen Menschen gut geht. Nicht nur in den Ländern der Dritten Welt, auch im Bundesgebiet gibt es als Ausdruck der asymmetrischen Vermögensverteilung Not und Ungesättigte, andererseits aber Leute, die Einkommen weit oberhalb ihrer Konsummöglichkeiten erzielen, so daß sie Einkommensteile von mehr als 50% sparen und verzinslich anlegen können. Neben der relativen Sättigung besteht daher die »verteilungsbedingte« Sättigung. Sie verschärft sich absurderweise noch ständig. Denn in Kassen der Darlehensgläubiger, die keinen Bedarf nach realen Gütern und Diensten und deshalb Geld verzinslich angelegt haben, strömt in Form von Zinsen laufend viel Geld aus den Kassen der Darlehensschuldner, die für ihren Bedarf an realen Gütern zu wenig Geld hatten und deshalb Darlehen aufgenommen haben und Zinsen zahlen müssen (aus ihren Kassen mit realem Bedarf in Kassen ohne realen Bedarf); vgl. dazu im einzelnen *Dieter Suhr, Zeitschrift für Rechtspolitik* 1983, S. 221ff.

12 Siehe dazu Kernpunkte (Fn. 1), S. 67ff., 73ff., 79ff.

die herrschende Meinung in Wissenschaft und Politik Heilung des sozialen Organismus entweder vom Staat oder aus der Wirtschaft, nämlich aus der Veränderung ihrer Strukturen, vorwiegend in Richtung auf mehr Wirtschaftswachstum, von dem man die Lösung vieler Probleme erhofft, z. B. den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Lösung anderer konjunktureller Probleme.¹³ Wirtschaftswachstum sei auch deshalb nötig, sagen einige, um künftig Mittel zur Beseitigung von Umweltschäden zu haben und mehr Kultur finanzieren zu können. Diese Erwartungen sind Ausdruck tiefer Ratlosigkeit und alter Denkgewohnheiten. Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung seiner Zeit hat Rudolf Steiner auf mehr Kultur¹⁴ gesetzt und auf die Entwicklung des freien Geisteslebens als Voraussetzung für mehr Kultur, und beschrieben, wie aus ihrer gleichgewichtigen Entwicklung neben Wirtschaft und Staat Lösungen akuter Probleme, wie der sozialen Frage, wachsen können. Es ist einsichtig, daß sich die Entwicklung der Kultur auch zur Bewältigung heute akuter Probleme eignet. Denn Kultur ist:

- das handwerkliche Kunstwerk, z. B. sind es schöne Häuserfassaden, ansehnlich geschreinerte Möbel usw.,
- mehr als der Produktionsfaktor Boden in der Landwirtschaft; es ist die erschaffene, gepflegte und gehegte Bodenfruchtbarkeit,
- mehr als der bare Nutzen, mehr als nackte Nützlichkeit und das Gegenteil vom Versuch, »gekonnt« und möglichst kostengünstig unbelebte und belebte Natur und Menschen auszubeuten, z. B. gründlich und schnell und ohne Rücksicht auf künftige Generationen Energieträger und sonstige Bodenschätze zu heben und zu verbrauchen,
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, Stichwort: Humanisierung der Arbeitswelt,
- die Heilung der Umweltwunden, die unser früheres und heutiges Wirtschaften der Natur geschlagen hat, Stichwort: Sanierung von aufgelassene-

13 Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat berechnet, daß die Arbeitslosigkeit bei einem Wirtschaftswachstum von 7% jährlich beseitigt werden könnte – zur Zeit werden nur Wachstumsraten von höchstens 3,5% jährlich erreicht. Wachstumsraten von 7% würden aber bedeuten, daß in 10 Jahren bereits doppelt so viel wie heute produziert und verbraucht würde, in 20 Jahren viermal so viel und in nur 50 Jahren (im Jahre 2038) 32mal so viel wie heute. Dieser Zuwachs dürfte weder von der Natur noch vom Menschen (als Konsumenten) zu verkraften sein.

14 Die Kultur umfaßt alles, was Menschen auf der Grundlage ihrer individuellen geistigen und physischen Begabungen und ihrer erworbenen Fähigkeiten entwickeln und schaffen. Die sozialen Dienste und Einrichtungen, z. B. die Pflege kranker und alter Menschen, Krankenhäuser, Heime für behinderte Menschen usw. gehören mit dazu.

nen Industriegebieten und Rohstofflagern, von Mülldeponien, Betonwüsten usw.,

- Bildung der Schüler und Studenten, ist Literatur, Theater, Musik, Malerei und die Erforschung der Geschichte, Archäologie und Natur, die Philosophie.

Kultur sind die Kunstwerke der Menschen. Sie ist qualitatives Wachstum.

Das Entwicklungspotential der Kultur ist heute bei weitem noch nicht erschlossen und enthält z.B. ein riesiges Reservoir an Arbeitsplätzen. Denn Kultur, aus dem Blickwinkel der Beschäftigung betrachtet, ist Arbeit, viel, viel Arbeit.¹⁵

Es reicht unsere Vorstellungskraft wahrscheinlich nicht aus; um auch nur zu ahnen, welche Fülle an Arbeit es geben könnte, wenn die Kultur erschlossen wird.¹⁶ Wo viel Arbeit anfällt und es reichlich Arbeitsplätze gibt, ist, wenn man den Blick wendet, auch viel Bedarf. Insofern sind Bedarf und menschliche Arbeit in der Kultur dieselbe Sache, nur aus einem andern Blickwinkel betrachtet.¹⁷

15 Was steckt an handwerklicher Arbeit in einem Schmuckstück, einem gedrehten Tischbein, einem geschnitzten Türstock usw. – Für die humanere Gestaltung der Arbeitswelt in den Betrieben sind noch viele Entdeckungen zu machen und muß viel getan werden. – Welche Fülle Arbeit ist notwendig, um alten, kranken und behinderten Menschen das Leben lebenswert zu machen und zu entdecken, was dazu noch alles erforderlich ist? – Wie arbeitsintensiv ist es, homöopathische und andere Naturheilmittel zu prüfen und genügend Erfahrung damit zu sammeln, um chronisch Kranken wirklich helfen zu können, von denen es laufend mehr gibt? – Es müssen aufgelassene Industriegebiete, Rohstofflagerstätten, Mülldeponien, Betonwüsten usw. rekultiviert und neue Verfahrensweisen dafür entdeckt und entwickelt werden. – Es gibt noch viele ungelöste wissenschaftliche Fragestellungen. – Gibt es Grenzen für Literatur, Musik und bildende Künste?

16 Es wird sich zeigen, was erschlossene Kultur zu leisten im Stande ist, wenn die Kräfte der Menschen zur kulturellen Tätigkeit und unter kulturellen Bedingungen freigesetzt sind. Sceptiker mögen recht behalten, daß auf diesen Beweis lange gewartet werden muß, aber doch nur deshalb, weil die Leistungsfähigkeit der Kultur, die besteht, nicht gesehen wird, da die Köpfe noch voll des Glaubens sind, Wirtschaftswachstum und mehr Staat sei zur Bewältigung der heutigen Probleme notwendig und dazu fähig.

Kultur entsteht nur durch menschliche Arbeit. Deshalb ist der kulturell tätige Mensch unersetzbar. Die Rationalisierungsfahr für Arbeitsplätze, die heute eher größer ist als früher, besteht daher in der Kultur allenfalls im bescheidenen Rahmen. Trotzdem können, wenn Fähigere Arbeit in der Kultur übernehmen, Arbeitsplätze verloren gehen. Da aber die erschlossene Kultur viel mehr Arbeitsplätze haben dürfte, als selbst bei extremstem Wirtschaftswachstum jemals erreichbar wären, dürfte die Chance viel größer als heute sein, neue Arbeitsplätze zu finden.

17 In der Wirtschaft darf man Bedarf und Arbeit nicht gleichsetzen, weil auch Bedarf nach Produktionsmitteln besteht, die »schwere« menschliche Arbeit übernehmen sollen, damit menschliche Arbeit kulturell wirksam werden kann.

Wer kulturell tätig ist, hat Bedarf an Gütern und Diensten der Landwirtschaft, des Handwerks, der Industrie und des Handels. Das heißt, die Kultur ist Kostgänger der Wirtschaft. Umgekehrt ist die produzierende und verteilende Wirtschaft auf eine leistungsfähige Kultur angewiesen. Sie braucht Bildung und Lehre, Forschungsergebnisse, Erfindungen, Kreativität und anderes, was nur in der Kultur entstehen kann. – Kultur und Wirtschaft sind nur dann wirklich leistungsfähig, wenn sie aufeinander zugeordnet sind; dann kann die Kultur blühen und die Wirtschaft prosperieren. Sie können nicht fruchtbar sein, solange beide unversöhnliche Gegensätze sind, weil das Wirtschaftswachstum einseitig real und im Denken im Vordergrund steht.

IV. Alterndes Geld als Beitrag für mehr Kultur?

Soll die Kultur erschlossen werden, um u. a. damit Arbeitslosigkeit abzubauen, so muß zusätzlich zu den für die Arbeit in der Kultur fähigen und bereiten Menschen¹⁸ ein breiter Strom privaten Geldes ohne große Transferkosten fortlaufend in die Kultur strömen, damit die dort Tätigen bezahlte Arbeit finden.¹⁹ Einmal muß Geld in Projekte strömen, aus denen die Allgemeinheit Nutzen zieht, z. B. in Forschungsprojekte der Mathematik, Geschichte und Archäologie, in soziale Dienste und Einrichtungen und die Wiederherstellung zerstörter Natur usw., damit gemeinnütziger kultureller Bedarf finanziert werden kann. Zum anderen müßte die private Nachfrage nach kulturellen Gütern und Diensten breiter ausfallen, damit mehr privates Geld zur Befriedigung des privatnützigen kulturellen Bedarfs ausgegeben wird.

Kann eine Geldordnung mit einem sich abnützenden, alternden Geld dazu beitragen, daß mehr privates Geld in die Kultur strömt. Ist sie dafür notwendig?

18 Das Beschäftigungsreservoir der Kultur und der durch Kultur prosperierenden Wirtschaft kann – das ist hervorzuheben – nicht sofort alle Arbeitslosen von der Straße bringen. Denn die notwendigen Anpassungsprozesse müssen erst laufen, bevor die heutigen, wenig qualifizierten Arbeitslosen frei gewordene Arbeitsplätze geringerer Qualifikation einnehmen können.

19 Die Fülle an Arbeitsplätzen in der Kultur zeigt, daß Arbeitslosigkeit kein Problem der Arbeit sein kann. Arbeitslose suchen bezahlte Arbeit. Viele Gründe werden für die Arbeitslosigkeit vorgetragen, z. B. Absatzprobleme, zu hohe Löhne, zu schwere Umweltschutzaufgaben usw. Aber, wie man die Sache auch immer dreht und wendet, Arbeitslosigkeit entsteht, wo – aus welchen Gründen auch immer – zu wenig Geld in die Richtung strömt, wo Arbeit ist und Arbeitsplätze eingerichtet werden könnten. Deshalb sollte man beim Geld ansetzen und sich z. B. nicht durch eher nebensächliche Einwände über zu hohe Lohn- und Umweltschutzkosten usw. aufhalten

V. Kreditfinanzierung der Kultur?

Fehlt Geld für die Aufgabe, die Kultur zu finanzieren? Versorgen etwa die Notenbanken die Volkswirtschaft mit zu wenig Geld? – Die weltweite Inflation und die aktuelle Geldmengenentwicklung nach den Zahlen der Bundesbank und die Geldbewegungen im monetären Sektor beweisen das Gegenteil. Auf den Geldkapitalmärkten, wo Geld gegen den Erwerb (neuer) verzinslicher Darlehen, Obligationen oder renditeträchtiger Finanzaktiva, z. B. Aktien, getauscht wird und wo es um Zins- und Renditegewinne geht, werden beträchtliche Mengen Geld laufend zur verzinslichen oder rentierlichen Anlage angeboten.²⁰ Auf Börsen und Terminmärkten, wo Titel, z. B. (alte) Obligationen, Aktien usw. mit ebenso großen oder größeren Gewinnchancen gehandelt werden und wo es zusätzlich noch um Spekulationsgewinne oder den Kauf von Firmen geht, werden auch riesige Mengen Geld von Leuten umgesetzt, die Gewinnchancen suchen.²¹

lassen. Denn für die Arbeitslosigkeit haben diese Kosten im Vergleich zu den fehlgeleiteten Geldströmen (siehe dazu weiter im Text) nur eine marginale Bedeutung. Löhne und Umweltschutzkosten sind nämlich an sich nicht zu hoch. Sie sind nur unter den heutigen Bedingungen im Verhältnis zu den Kredit- und Renditeansprüchen, die ständig zugunsten der Kreditgläubiger und Renditeempfänger erwirtschaftet werden müssen, zu hoch und führen heute deshalb in die Arbeitslosigkeit. Aber diesen Tatbestand sehen heute viele nicht, weil sich kaum jemand eine Wirtschaftsverfassung ohne Zinsansprüche denken kann oder vorzustellen wagt. Es ist erstaunlich, wie selbstverständlich man heute davon ausgeht, daß Lohn- und Umweltschutzansprüche zurückgenommen werden müssen, während die Frage kaum gestellt wird, ob nicht –, und zwar aus Gründen der volkswirtschaftlichen Effizienz, nicht nur aus verteilungspolitischen oder ethischen Gründen – die Zins- und ähnliche Ertragsansprüche zugunsten voller Arbeitserträge und des Umweltschutzes zurückzunehmen oder -zudrängen sind.

20 Auf Geldkapitalmärkten wird Geld der Geldanleger gegen verzinsliche Kreditversprechen der Darlehensnehmer getauscht. D. h.: Die Geldanleger bringen auf Geldkapitalmärkte nur Geld (Liquidität) mit und die Liquiditätsnachfrager das »Geld«-Kapital, nämlich die verzinslichen Rückzahlungsforderungen. Das aufgenommene Geld, die Liquidität, ist in kurzer Frist, häufig schon nach wenigen Tagen für die mit dem aufgenommenen Geld zu finanzierenden Güter und Dienste ausgegeben. Aber an den Kosten der aufgenommenen Liquidität hat der Kapitalanbieter oft jahrelang zu tragen, weil hohe Zinsen eine schnelle Amortisation des Darlehens nicht erlauben. Kreditzinsen sind daher Liquiditätskosten, keine Kapitalkosten, wie man allgemein sagt, weil man beim Kreditgeschäft weniger die Liquidität im Auge hat, sondern das, was man damit anschafft, z. B. Produktionsmaschinen, und daher die Liquiditätskosten nicht der aufgenommenen Liquidität, sondern dem Produktivkapital zurechnet. – An diese, den üblichen Vorstellungen widersprechende »liquiditätstheoretische« Sichtweise muß man sich erst gewöhnen und sie üben. (Vgl. zu den Einzelheiten dieser Sichtweise *Dieter Suhr* und *Hugo Godschalk*, *Optimale Liquidität*. Frankfurt 1986, S. 15ff.).

21 Die *denkwürdige* Entwicklung wachsender Zinserträge bei wachsender Arbeits-

Da reichlich Geld auf den Geldkapitalmärkten gegen verzinsliche Kreditversprechen zu haben ist, liegt es nahe, die Kultur mit solchem Geld zu erschließen. Aber dieses Geld ist teuer. Es kostet den Empfänger die Rückzahlung, hohe Zinsen oder hohe Renditen. – Können Investitionen in gemeinnützige kulturelle Projekte, z. B. in mathematische Grundlagenforschung oder Archäologie und Geschichtsforschung, oder soziale Dienste hohe Renditen erwirtschaften oder wenigstens den Geldkapitalrückfluß? Diese Rechnung geht nicht auf. Allenfalls bei Investitionen in privatnützige kulturelle Projekte besteht eine, aber keineswegs sichere Chance. Sicherer in diesem Sinne sind andere Investitionen, z. B. in Wachstumsbranchen der Wirtschaft. Daher scheidet der »Kreditgeld-Transfer« jeder Form als Finanzierungsinstrument für die Kultur aus; die Transferkosten dieses Geldes sind für die Kultur zu hoch.

VI. Ein Konkurrenzdilemma um dasselbe Geld

Gibt es sonst Geld, das für Investitionen in mehr Kultur genutzt werden könnte? Nein. Geld für mehr Kultur kann nur das Geld der privaten Haushalte und Unternehmen sein, das als Folge der Sättigungserscheinungen frei ist für das Sparen. Es kann in verzinsliche Kredite oder ähnlich rentierliche Geldanlagen strömen, kann Nachfrage nach Kunstwerken werden, als zinsloser Kredit oder als Spende nützlich sein oder in Horten versacken. Es besteht daher ein Konkurrenzdilemma, weil dasselbe Geld

1. Anbietern von Krediten (Geldrückflußansprüchen) mit Zinsen von 1 % und höher (»hoch« verzinsliche Kredite) und vergleichbaren hochrentierlichen Geldanlagen, oder
2. Anbietern von Krediten mit einem Zins von Null oder nur geringfügig über Null (»zinsloser« Kredit), Anbietern von Kunstwerken und Interessenten für Spenden

losigkeit und Verschuldung bildet die Deutsche Bundesbank in ihren Monatsberichten präzise ab, ohne daran aufzuwachen (vgl. z. B. Monatsbericht Mai 1985, S. 13ff., [Zinstransferzahlungen steigen]; Januar 1987, S. 38 ff. [internationale Verschuldung nimmt zu]; April 1987, S. 13ff. [Schuldenanstieg der öffentlichen Haushalte von 414 Mrd. DM 1979 auf 802 Mrd. DM 1986]; August 1987, S. 41ff. [zwischen 1981 und 1985 flossen den privaten Haushalten brutto 2½ mal höhere Zinserträge zu als 10 Jahre zuvor]; November 1987, S. 13ff. [Eigenkapitalquote der Unternehmen sank von 26% Anfang der 70er Jahre auf 18% 1984, Anstieg auf 19% 1986]; *Helmut Creutz*, Die Zinsbelastung bzw. Die Zinserträge in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, April 1985, S. 24ff. bzw. September 1986, S. 22ff.

Auch der Grundstücksmarkt und die davon abhängigen Märkte für Wohnungen und gewerbliche Räume ziehen große Mengen Anlage suchenden Geldes an. Hier sind es die Bodenzinsströme, die asymmetrisch wirken.

gegeben werden kann. – Die Versuchung, auf dem leichten Weg über hochverzinsliche Kredite und rentierliche Projekte mit Zinseszinsseffekten Geldvermögen anzuhäufen und Vermögenszuwächse zu erreichen, ist beträchtlich. Man spürt und begreift, warum Spenden für gemeinnützige kulturelle Zwecke und »zinslose« Kredite für die Wirtschaft daneben kaum eine Chance haben, so daß die Kultur und Teile der Wirtschaft von staatlicher Hilfe abhängig sein müssen. – Aber ist das Konkurrenzdilemma es wirklich wert, daß man sich damit weiter auseinandersetzt? Die Antwort auf diese Frage wird davon abhängen; welche Wirkungen von diesem Dilemma auf die Welt ausgehen.

1. Für Zins und Rendite angelegtes Geld – ein Beitrag zum negativen Wachstum

Wer im Geschäftsleben »hoch« verzinsliche Kredite aufnehmen muß oder in »hoch« rentierliche Projekte investieren möchte, muß die hohen Kosten der Kredite (Zins und Amortisation) und der Renditeerwartungen (Rendite und Geldrückfluß) aufbringen. Er kann nicht in Kultur investieren, weil dort weder Rendite noch Geldrückfluß garantiert sind. Also muß das Geld in Projekte investiert werden, wo ausreichend hohe Renditen und Rückflüsse in kurzer Frist und mit größter Sicherheit zu erwarten sind, also möglichst

- in billige und schmucklose Bauten, die Erschließung von Ölfeldern oder anderen knappen Rohstoffen oder in schnell wachsende Branchen der Wirtschaft oder
- in kurzlebige, baldigem Verschleiß unterliegende Produkte, die bald ersetzt werden müssen, oder
- in Wegwerfprodukte, z. B. Verpackungsmaterial, oder in zur Vernichtung bestimmte Güter der Rüstungsindustrie oder
- in strukturbedingte rentierliche Projekte, z. B. Stromkraftwerke, die bei eingeschränktem Wettbewerb Kostenerhöhungen problemlos weitergeben können, oder – wie im Falle der Atomkraftwerke – noch zusätzlich auf Kosten der Steuerzahler rentierlich gehalten werden, oder
- in den Kauf anderer Firmen zum Erwerb größerer Marktanteile und größerer Wirtschaftsmacht, oder
- in renditeträchtige Maschinen anstelle von lohnzehrenden Arbeitskräften, oder
- in billige Abfallverteiler wie Luft, Bäche und Flüsse.

Auf diesen Feldern wächst nicht die Kultur; es wachsen Wirtschaft, Raubbau an Rohstoffen und Umwelt, Müllberge, das technische Gefahrenpotential, die Konzentration in der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die

Luft- und Wasserverschmutzung. In »hoch« verzinsliche Kredite und rentierliche Projekte angelegtes Geld wirkt auf die Natur und volkswirtschaftlich, geistig-kulturell und sozial schädlich und ist – von eher zufälligen Ausnahmen abgesehen – für die Kultur verloren.²²

2. *Spende und »zinsloser« Kredit sind not-wendig!*

Wenn Sättigungserscheinungen auftreten und Geld bei einzelnen Leuten frei wird für andere Zwecke als für den eigenen Bedarf, so daß es für sie »wertlos« ist, so müßte es als »freies« Geld dorthin gelangen, wo realer Bedarf bis hin zum gemeinnützigen kulturellen Bedarf besteht und wo es »wertvoll« ist, weil es dort Tauschmittlerdienste leisten kann.²³ »Hoch« verzinsliche Kredite sind zu kostspielig für diesen Dienst. »Zinslose« Kredite leisten diesen Dienst wesentlich besser und führen nicht ins Aus für Mensch und Natur. Eine Spende kostet als verlorener Zuschuß nicht einmal die Amortisation (Rückzahlung) und führt nicht in die Verschuldung. Mit der Spende können deshalb gemeinnützige kulturelle Projekte finanziert, mit ihr kann Geld kulturell fruchtbar werden. Spende und zinsloser Kredit sind deshalb eine viel größere volkswirtschaftliche Notwendigkeit als jede andere Geldanlage.²⁴ Die Spende ist das im besonderen Maße. Sie kann Entwicklungen in alle kulturellen und wirtschaftlichen Richtungen finanziell öffnen. Das unterscheidet sie von nachfrage- und renditebestimmten Investitionen, die nur unternehmerische Anstöße innerhalb der vom Nachfrager oder vom Renditeertrag bestimmten Richtung zulassen.²⁵

22 Die schädliche Tiefenwirkung des sich nicht abnützenden Geldes in volkswirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht hat Rudolf Steiner vor 60 Jahren beschrieben. Die verteilungspolitisch schädliche Komponente war ihm Nebensache. Nationalökonomischer Kurs, GA Bibl. Nr. 340, Dornach 1979, S. 164f.

23 Vgl. zur Wertlosigkeit des Geldes in Kauf- und Schenkungszusammenhängen Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 176.

24 Vgl. dazu Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 91ff., wo Rudolf Steiner auf die Notwendigkeit der Schenkung ausführlich eingeht, sowie S. 168f. und 176, wo er auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Schenkungsgeldes (der Spende) eingeht. Vgl. auch Hans Georg Schweppenhäuser, Das kranke Geld. Frankfurt/Main 1982, S. 154ff.

25 Nachfragebestimmte Investitionen nennt man in der Wirtschaftswissenschaft Ausgaben der Produzenten für eine Produktion, die direkt von der Nachfrage ausgeht, z. B. von einer Bestellung eines Kunden. Bei der autonomen Investition geht der Anstoß zur Produktion von den Produzenten selbst aus; sie investieren und produzieren für einen künftigen Bedarf und/oder eine mögliche künftige, aber nicht sichere, unter Umständen noch zu weckende Nachfrage. – Der Spender setzt durch seine »Geldanlage« einen autonomen Impuls; die Spende ist daher das beste Beispiel für autonome Investitionen und viel wirksamer als jede Kreditfinanzierung.

3. Das Konkurrenzdilemma – eine quantité négligeable?

Das Konkurrenzdilemma ist für das, was gelebte Wirklichkeit wird, eine Wegegabelung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn hier entscheidet sich, und zwar abhängig davon, in welche Richtung das Geld strömt, ob die Wirtschaft wie bisher weiter wachsen muß mit allen Nachteilen und Kosten der Schadensbeseitigung oder ob die Kultur wachsen kann. Es ist nicht die quantité négligeable, für die es vielfach gehalten wird. Es muß entschärft werden.

VII. Zur Entschärfung des Konkurrenzdilemmas

1. Der kulturell schädliche Teil des Geldes

Geld wird in allen wirtschaftlichen Lehrbüchern als der ideale Tauschmittler beschrieben, weil es Informations- und Transaktionskosten spart, die beim Tausch ohne Geld anfallen würden. – Rudolf Steiner hatte am Geld als Tauschmittler nichts auszusetzen.²⁶ Ihn störte, daß es sich nicht »abnütze«; idealer Tauschmittler sollte es bleiben, auch wenn es damit unreeller Konkurrent gegenüber anderen Gegenständen bleibt,²⁷ z. B. gegenüber dem »Anbieter von Arbeitsproduktivität«. Geld soll altern, sich abnützen. Das zielt in eine andere Richtung.²⁸

Mit seiner Funktion als idealer Tauschmittler hängt auch seine Funktion als idealer Wertmaßstab zusammen. Aber es kann diese Funktionen nur erfüllen, wenn man an Geld auch kostengünstig herankommt. – Der Gelderwerb beim Tausch selbst erzeugter Produkte auf Güter- und Dienstleistungsmärkten kostet nur die Hingabe der Produkte im Werte des eingetauschten Geldbetrages, sonst nichts. Auf Geldkapitalmärkten aufgenommenes Geld ist dagegen für den Kreditschuldner, der heute liquide sein möchte oder muß, ein ausgesprochen kostenintensives Gut, weil zusätzlich

26 »Geld soll im gesunden Organismus nur noch Tauschmittler sein, nämlich eine Anweisung auf Waren, die von anderen erzeugt sind und die man aus dem Gesamtgebiet des Wirtschaftslebens *nur* deshalb beziehen darf, weil und wenn man selbst erzeugte Waren in das Wirtschaftsleben gegeben hat« (Kernpunkte [Fn. 1], S. 130; vgl. auch: Die Befreiung des Menschen als Grundlage für eine soziale Neugestaltung, GA Bibl. Nr. 329, Dornach 1985, S. 140, und Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 173f.).

27 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 174.

28 Kernpunkte (Fn. 1), S. 132f.; Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 178ff., 200, 202ff. Rudolf Steiner dachte an Einrichtungen, die dem Geld seinen Wert benehmen, wenn es nicht als Anweisung für eigene Leistungen an die Volkswirtschaft, sondern auf anderen Wegen erworben wird, z. B. über Zinsen (Kernpunkte [Fn. 1], S. 132).

zur Rückzahlung im Wert des geliehenen Geldes noch Zinsen – oft jahrelang – dem Kreditgläubiger zu zahlen sind. Auf den Geldkapitalmärkten ist Geld daher nicht der »billige« Tauschmittler, als der es in den Lehrbüchern allenthalben gepriesen wird.²⁹

Der Zins verschafft Kreditgläubigern zusätzliche Ansprüche auf Erzeugnisse anderer, ohne daß sie selbst etwas erzeugen und zum Sozialprodukt beitragen müssen.³⁰ Diese im Zins sichtbar werdende Parteilichkeit des Geldes zugunsten der Geldvermögensbesitzer war für Rudolf Steiner nicht nur aus moralisch-ethischen Gründen unerträglich, sondern in erster Linie aus volkswirtschaftlichen Gründen, aufgrund seiner zerstörenden Wirkungen im sozialen Organismus. Er sah, daß es dem Geld an volkswirtschaftlicher Effizienz in Richtung auf die aufbauenden Kulturkräfte mangelte. Deshalb bemühte er sich um das Verständnis des Geldes, die Zahlungsarten³¹, die Funktionen des Geldes beim Kauf, Leihen und Schenken und um einen neuen Ansatz beim Geld, das alternde Geld.³²

Solange das Geld nur als Tauschmittler³³ verwendet oder gespart wird, gehen von ihm keine nachteiligen Wirkungen aus.³⁴ Denn das Sparen ist willkommene Voraussetzung für Kredite zur Entwicklung der Wirtschaft und für Spenden zur Entwicklung der Kultur.³⁵ Erst wenn gespartes Geld

29 Deswegen ist es heute häufig billiger, Dienste einer Tauschvermittlung (Barter-Club) zu beanspruchen und etwas gegen eine einmalige Gebühr von – z. B. 15% – zu tauschen als einen Kredit aufzunehmen, der 24% in 4 Jahren kostet; 350 »Barter-Clubs« hatte etwa die USA 1986, in Europa breiten sich Tauschvermittlungen aus. Im internationalen Handel, vor allem mit Ostblockstaaten, haben »Kompensationsgeschäfte«, also Tauschgeschäfte ohne Geld, einen großen Umfang angenommen. Vgl. dazu *Hugo Godschalk*, Die geldlose Wirtschaft. Vom Tempeltausch zum Barter-Club. Berlin 1986, S. 40ff. und Zeitschrift für Sozialökonomie März 1986, S. 20f.

30 »Es gibt heute etwas höchst Unnatürliches in der sozialen Ordnung, das darin besteht, daß das Geld sich vermehrt, wenn man es bloß hat. Man legt es auf die Bank und bekommt Zinsen. . . . Das ist ein völliger Unsinn.« (*Rudolf Steiner*, Die soziale Grundforderung unserer Zeit, 2. Aufl., GA Bibl. Nr. 186, Dornach 1979, S. 50f. Vgl. auch Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 165, aber auch 200).

31 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 169.

32 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 172ff., 200ff.

33 *Rudolf Steiner* nennt es Kaufgeld (Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 172f.).

34 »Wer Ersparnisse macht (aus erarbeitetem Einkommen), hat allerdings Leistungen vollbracht, die ihm auf spätere Waren-Gegenleistungen Anspruch (im transtemporalen Tausch beim unverzinslichen Kredit) machen lassen, wie gegenwärtige Leistungen auf den Eintausch gegenwärtiger Gegenleistungen.« (*Rudolf Steiner*, Kernpunkte [Fn. 1], S. 133; Klammerzusätze vom Verfasser).

35 Gehortetes Geld ist heute im Verhältnis zum Konkurrenzdilemma kein wesentliches Problem, zumal das Horten durch den Carrying-costs-Ansatz mitentschärft wird (siehe dazu bei Abschnitt VII, 5).

gegen »hoch« verzinsliche Kreditversprechen oder rentierliche Titel verliehen wird³⁶, entsteht das Problem. Denn sie üben den großen Reiz auf Geldanleger aus. Die auf den Geldkapitalmärkten und bei rentierlichen Wirtschaftsprojekten – gerade in Zeiten massiver Sättigungserscheinungen und Arbeitslosigkeit – zu erzielenden Zinsen und Renditen verstellen den Blick auf eigene kulturelle Bedürfnisse und noch viel mehr auf den gemeinnützigen kulturellen Bedarf. Sie stehen wie ein hohes Gebirge vor der Kulturlandschaft.

2. *Carrying costs**) auf Kassehaltung als Ansatz zur Entschärfung des Konkurrenzdilemmas

Die Aufgabe ist klar: Zur Entschärfung des Konkurrenzdilemmas müssen verzinsliche und rentierliche Geldanlagen *abgewertet* und Geldanlagen für andere Zwecke *aufgewertet* werden, aber wie?

Geld³⁷ vermittelt jedem, der es hat und ausgeben kann, auf leichte und informations- und transaktionskostengünstige Weise als optimaler Tauschmittler den Zugang zu allen Güter- und Dienstleistungsmärkten, und zwar – wie gesagt – viel leichter, als wenn jemand versuchte, seine Güter und Dienste direkt gegen Güter und Dienste anderer (ohne Geld) einzutauschen. Wer Geld hat, ist liquide in diesem Sinn. – Diese »Liquiritätsvorteile« des Geldes sind es, die jedermann nützen möchte, vor allem wer zur Befriedigung seines Bedarfs auf Güter und Dienste anderer angewiesen ist und sie nur mit Geld erwerben kann. Deshalb werden die Liquiditätsvorteile auf den Geldkapitalmärkten als Geldzins »honoriert« und werfen infolgedessen für die Verleiher von Geld den Zins als Ertrag des Kreditgeschäfts auf den Geldkapitalmärkten ab.³⁸ Der Liquiditätsvorteil ist unteilbar mit dem Geld als optimalem Tauschmittler verbunden, so daß die Entstehung des Geldzinses als Ertrag des Liquiditätsvorteils unvermeidbar ist. Daher muß zur Abwertung der verzinslichen und rentierlichen Geldanlagen der Liquidi-

36 *Rudolf Steiner* spricht vom Leihgeld (Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 172, 175f., S. 177f.). Mit Leihgeld bezeichnet er offenbar auch das Produktivkapital, also die Produktionsmittel und die Produktion selbst (Verfahren und Ablauf), weil er davon spricht, daß sich der Geist mit dem Leihgeld verbindet, was bei den Produktionsmitteln und der Produktion der Fall ist, in die sich Bildung, Erfindungsgeist, Können usw. ergießen (Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 88 bis 95, S. 175f.). Das macht den Begriff »Leihgeld« schwer zugänglich.

*) *Carrying costs* = Durchhaltekosten (Ausgleichsabgabe)

37 Unter Geld werden hier sowohl das Bargeld als auch das sog. Girogeld, die Guthaben auf Girokonten bei Banken und Postgiroämtern, verstanden.

38 Vgl. hierzu *John Maynard Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 5. Aufl., Berlin 1974, 15. bis 18. Kapitel, S. 163ff.; *Dieter Suhr* und *Hugo Godschalk*, Optimale Liquidität (Fn. 20), S. 15ff. und S. 22ff.

tätsvorteil neutralisiert werden. Das Instrument dafür ist eine »Ausgleichs-
abgabe« auf Geldkassenhaltung – von John Maynard Keynes »carrying
costs« (Durchhaltekosten) genannt³⁹ –, die den Liquiditätsvorteil (präzis)
aufwiegt und den Geldzins auf den Geldkapitalmärkten gegen Null zwingt.
Es sollen also der Liquiditätsvorteil und der Geldzins als Lenkungsinstru-
ment nicht beseitigt, sondern nur durch gegenläufige carrying costs so beein-
flußt werden, daß Geld zwar den Liquiditätsvorteil noch hat, aber trotzdem
neutral wirkt und der Geldzins sich in der Nähe von Null bewegt und Geld –
von kurzfristigen Ausnahmen abgesehen – auf den Geldkapitalmärkten im
Durchschnitt nur noch in extrem niedrig verzinsliche (zinslose) Kredite ge-
tauscht werden kann.⁴⁰ Die Risikoprämien, die als Bestandteile des Zinses
das Risiko bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, die Inflation und an-
dere Risiken berücksichtigen, sollen nicht miterfaßt werden. Nur der
»reine« Geldzins, die Liquiditätsvorteilsprämie (kurz: Liquiditätsprämie),
ist die Ursache für das Konkurrenzdilemma. Nur er soll durch carrying costs
erfaßt werden.

Ohne carrying costs hätten der hochverzinsliche Kredit und mit ihm an-
dere Renditeobjekte und das Wirtschaftswachstum usw. immer die größere
Chance. Erst wenn dieser Wettbewerbsvorsprung abgebaut ist, besteht
Wettbewerbsneutralität zwischen Kredit und Spende und haben die Spende
und der »zinslose« Kredit, die Kultur und die Alternative, weniger zu arbei-
ten und weniger zu konsumieren, eine Chance.⁴¹

39 Vgl. *John Maynard Keynes* (Fn. 32), S. 189ff., insbesondere S. 195f., 198. Dazu
Dieter Suhr, *Zeitschrift für Rechtspolitik* 1983, S. 225ff.

40 Vgl. dazu *Dieter Suhr*, *Geld ohne Mehrwert*, Frankfurt 1983, S. 108ff. – Zur
vollständigen Neutralität des Geldes gehört, daß es als Währung (Wertmaßstab) sta-
bil bleibt, also das Inflationsproblem gelöst wird. Bemerkenswert ist in diesem Zu-
sammenhang, daß Rudolf Steiner dem Staat nicht zutraut, die Währungsfrage durch
Gesetze zu lösen, sondern empfiehlt, das Nötige dem Wirtschaftsorganismus zu
überlassen (Kernpunkte [Fn. 1], S. 133). *Friedrich A. von Hayek* hat das mit ähnli-
cher Begründung empfohlen (Entnationalisierung des Geldes. Tübingen 1977).

41 Arbeitszeitverkürzung verspricht einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosig-
keit. – Ohne die heutigen Verhältnisse macht Arbeitszeitverkürzung aber keinen
Sinn. Denn man fordert auch »gemeinnützige« Arbeit ohne Entgelt am verlängerten
Feierabend, weil Bedarf dafür besteht. Arbeiten sollten auch Menschen können, die
gesättigt sind und keine zusätzlichen Einkommen brauchen, weil arbeiten für den
Menschen notwendig ist wie das tägliche Brot. Das entschärfte Konkurrenzdilemma
macht Arbeit generell finanzierbar und damit auch die Arbeitszeitverkürzung ent-
behrlich. Daran erkennt man, daß der heutige Kampfplatz »Arbeitszeitverkürzung«
und die Werbung für mehr gemeinnützige Arbeit ohne Entgelt am Feierabend eine
Funktion des Konkurrenzdilemmas sind. Man kämpft also insofern an »falschen«
Fronten!

3. Abwertung des Liquiditätsvorteils, nicht der Währung

Carrying costs werden nur auf Geld in der Kasse (Kassehaltung) erhoben. Sie belasten nur denjenigen, der Bargeld in der Kasse oder »Giralgeld« auf Girokonten bei Banken oder der Post hält.

Was bewirken carrying costs?⁴² Soweit die (ständigen) wirtschaftlichen Vorteile aus der Liquidität des Geldes laufend durch die Ausgleichsabgabe abgeschöpft werden, entstehen für den, der Kasse hält, gegenläufige, dem Nutzen (Liquiditätsvorteil) des Geldes entsprechende Kosten. Sie belasten die Kassehaltung mit Kosten, nicht das ausgegebene oder in Krediten angelegte Geld. Sie verringern also beim einzelnen, der Geld lange hält, – wie andere (echte) Kosten auch – sein frei verfügbares Bar- und Giralgeld. Sein Geld(guthaben) nimmt durch Kosten ab. Sein Bargeld und seine Giralguthaben werden daher nicht – wie bei einer Inflation (Aufblähung der Geldmenge) – entwertet, sondern behalten ihre Kaufkraft. – Carrying costs werten Geld auch nicht als Währung (Wertmaßstab) ab wie eine Inflation.⁴³

Carrying costs verändern die Marktmachtverhältnisse und infolgedessen das Preisgefüge auf den Geldkapitalmärkten grundlegend. Sie belasten die Anbieter von Geld mit Kosten, so daß sie in der Regel geneigt sind, den »Kostenbringer« Geld nicht festzuhalten (zu horten), sondern zügig auf alle Märkte zu werfen, um mit dem Geld auch die Kostenlast auf Verkäufer von Gütern und Diensten und Geldleiher zu übertragen. Die Geldleiher müssen diese Kostenlast übernehmen, weil auch bei ihnen carrying costs auf Kassehaltung erhoben werden. Warum sollten sie also dem Geldverleiher noch etwas dafür zahlen, daß sie ihm den lästigen Kostenbringer Geld abnehmen? – Außerdem schmälert die mitübertragene Kostenlast bei den Geldleihern die Erträge aus der Verwendung des geliehenen Geldes. Deshalb kalkulieren sie diese Kosten – wie auch heute die Zinskosten – in ihre Gesamtkosten und ihre Erträge aus (den mit der aufgenommenen Kredit-Liquidität) finanzierten Investitionen mit ein und machen den Geldverleihern um die Kostenlast verminderte Preisangebote, die diese akzeptieren (müssen), wenn sie die Kostenlast übertragen wollen. – Wird z. B. bei einer Inflation von 0% und einer Zahlungsunfähigkeitsprämie von 1,5% für ein Darlehen 6% Zins jährlich gezahlt und künftig eine Ausgleichsabgabe auf Bargeld und Giroguthaben von 4,5% jährlich zum Ausgleich der in dieser Höhe ermittelten »Liquiditätsprämie« von 4,5% erhoben, die Geldverleiher und Geldleiher solange zu zahlen haben, bis sie das geliehene Geld oder das

42 Hier folge ich *Dieter Suhr*, Geld ohne Mehrwert (Fn. 40), S. 127ff.

43 *Hans Georg Schweppenhäuser* hat dem carrying-costs-Ansatz unterstellt, er sei Inflation und werte die Währung ab, und ihn deshalb mißverstanden (Das kranke Geld, [Fn. 24], S. 143f. und Das Mysterium des Geldes, Freiburg 1981, S. 31f.).

Giroguthaben überwiesen, weiter verliehen oder sonst ausgegeben haben, so wird jeder Kreditschuldner an den Kreditgeber nur 1,5% jährlich als Risikoprämie zahlen.

Werden die carrying costs einigermaßen präzise der Höhe des durchschnittlichen Kreditzinses (Landeszinsfußes) unter Berücksichtigung der allgemeinen Risikoprämie angepaßt⁴⁴, so bewegt sich der (reine) Geldzins (ohne Risikoprämie) um den Nullpunkt. Das heißt also: Soweit die wirtschaftlichen Vorteile aus dem Geld von der carrying-costs-Abgabe abgeschöpft werden, können Anbieter von Liquidität auf Geldkapitalmärkten deren wirtschaftlichen Vorteile nicht mehr realisieren. Das bedeutet: Alle Geldnutzer, Kreditschuldner und -gläubiger, werden – abgesehen von der Risikoprämie – durch eine Geldordnung mit carrying costs dem Gelde gegenüber rechtlich Gleiche, frei von Geldzinsabhängigkeiten.

Carrying costs auf Kassehaltung werten mittelbar die Eigenschaft des Geldes ab, Zinsschöpfungs- und Vermögensmehrungsmedium zu sein. Geld wird (insoweit) neutraler Tauschmittler und neutrale Währung. – Die Abwertung rentierlicher Realkapitalien, z. B. von Industriebetrieben usw., geschieht mit der Abwertung der Zinsschöpfungseigenschaft des Geldes. Denn zwischen dem Zins des Geldes und den Renditen aus – im Unterschiede zu Grundstücken – vermehrbaren Realkapitalien, z. B. Maschinen und anderen Produktionsmitteln bis hin zu vollständigen Industrie-, Handwerks- und Handelsbetrieben, besteht ein Wirkungszusammenhang, der auf die ökonomische Formel gebracht zu werden pflegt, daß der Grenznutzen des Geldkapitals (einfacher ausgedrückt: die Geldzinshöhe des in Krediten angelegten Leihgeldes) den Standard setzt für den Grenznutzen von Realkapital. Wirft Geld weniger Zinsen ab, so muß auch das Realkapital nicht so viel Rendite abwerfen.⁴⁵ Beim Geldzins nahe Null muß es keine Rendite mehr abwerfen. Die Abwertung der verzinslichen Geldanlage wertet also die vermehrbaren Realkapitalien und bis zu einem gewissen Grade auch alle anderen Geldanlagen mit ab, für die der durchschnittliche Geldzins den Standard (Bezugspunkt) setzt, z. B. Aktien und andere börsengängige Werte. Und was wird dadurch aufgewertet?

Der Geldzins ist heute Dreh- und Angelpunkt für viele Lebensbereiche, nicht nur für das Geschäftsleben. Seine Neutralisierung verändert daher das

44 Das setzt eine präzise Konstruktion der Abgabe und Ermittlung der notwendigen Daten und Erfahrung und Erprobung beim Umgang damit voraus.

45 Dieter Suhr, Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 1983, S. 227. Damit wird auf den von John Maynard Keynes beschriebenen Zusammenhang verwiesen, daß der Kreditzins den Standard für die Rentierlichkeit von Realkapital setzt (siehe dazu John Maynard Keynes [Fn. 38], S. 176ff., insbesondere S. 178 und S. 186ff.).

heutige Bezugspunktgefüge grundlegend. Was heute wichtig ist, wird unwichtig; was heute noch unwichtig erscheint, wird wichtig; und die veränderten Einstellungen verändern die Wirklichkeit. Aufgewertet wird daher alles andere, z. B. Kunstwerke, Kultur und Spenden als »Geldanlage«.

4. *Sichern carrying costs, daß Geld in Spenden strömt?*

Kosten auf Kassehaltung – das ist eine bekannte und anerkannte Regel – regen an, möglichst wenig Kasse zu halten und auch Geld nicht zu horten. Deshalb dürften carrying costs Leute, die vollständig – selbst mit allen Versicherungen, Schmuck, Kunstwerken usw. – gesättigt sind, deswegen ihr »freies« Geld auf Güter- und Dienstleistungsmärkten nicht ausgeben wollen und auf Geldkapitalmärkten nur »zinslose« Darlehen geben können, allmählich dazu anhalten, ihre für sie »wertlosen« Geldüberschüsse auf Spendenmärkte zu werfen.

5. *Rechtsstaatliche und private Gestaltungsmöglichkeiten für »neutrales« Geld*

Die Einführung von »carrying costs« in aller Breite wäre eine rechtsstaatliche Aufgabe, wobei es genügen würde, Guthaben auf Girokonten (Giralgeld) mit carrying costs zu belasten.⁴⁶

Werden Wissenschaftler und Politiker bald in aller Breite carrying costs auf Geldkassehaltung diskutieren oder an ihre Einführung denken? Das ist kaum zu erwarten. Kann deshalb das carrying-costs-Konzept auf lange Sicht nicht verwirklicht werden oder gibt es private Gestaltungsmöglichkeiten für Geld mit carrying costs, so daß heute auf kleinen Inseln neutrales Geld beispielgebend wirken könnte?

Wer einen Kredit aufnimmt, der mit carrying costs nur solange belastet ist, bis über das Kreditguthaben vollständig verfügt und der Kreditnehmer sein Girokonto geräumt hat, bekommt im Vergleich zu heute einen billigen Kredit. Denn er muß nicht über Jahre Zinskosten zahlen, sondern nur für eine kurze Zeitspanne – z. B. für vier Wochen eine Ausgleichsabgabe von 10%. Heute besteht ein hoher Bedarf an billigen Darlehen⁴⁷, z. B. bei hoch verschuldeten Gemeinden und Unternehmern, die bei niedrigen Zinsen mehr leisten können, oder Privatschulen, die billiges Geld für ihren Schulbau benötigen. Daher könnte es für eine Gemeinschaft aus örtlicher Spar-

46 Dazu *Dieter Suhr*, Zeitschrift für Rechtspolitik 1983, S. 226f.; *Dieter Suhr* und *Hugo Godschalk*, Optimale Liquidität (Fn. 20), S. 133f.

47 Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftspolitiker, Notenbanken, Industrie und Gewerkschaften fordern niedrige Zinsen, um die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitslosigkeit abzubauen und anderes billiger finanzieren zu können.

kasse oder Bank, Gemeinde, Unternehmern, Privatschulen und anderen Mitgliedern, die untereinander Leistungen bezahlen müssen, ein Geschäft sein, Konten für neutrales Geld (N-Konten) einzurichten. Auf diesen N-Konten werden Kredit- und Giro Guthaben in N-Geld geführt, die nur mit carrying costs von z. B. 10% belastet sind. Diese Kosten erhebt die N-Konten-führende Bank, verlangt darüber hinaus aber sonst keine Kosten, abgesehen Buchungskosten, der allgemeinen Risikoprämie und banküblichen Gebühren. Es ist vorstellbar, daß nach einer Eingewöhnungsphase diese Gemeinschaft gut zusammenarbeitet, die billige Finanzierungsnovität Gefallen findet und sich der Gemeinschaft neue Mitglieder anschließen oder das Beispiel Schule macht und neue N-Konten-Gemeinschaften an anderen Orten entstehen.⁴⁸ Es gibt in der Schweiz seit mehr als 50 Jahren einen »Wirtschaftsring«, der mit privatem neutralem Geld auf N-Konten praktische Erfahrungen gesammelt hat.⁴⁹

VIII. Ein neuer Ansatz für Wirtschaft, Kultur und Staat?

Der beschriebene Ansatz beim Geld ist eine Chance für mehr Kultur, für weniger Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslosigkeit, weniger Bodenpreisanstiege, gerechtere Vermögensverteilung usw. und infolgedessen auch weniger Staat als Reparaturbetrieb für Schäden, die von der heutigen Geldverfassung ausgehen, der noch einiges zur Geldordnung fehlt.

Der carrying-costs-Ansatz beim Geld, wenn er denn je angewendet würde, löst nicht alle Probleme unserer Geldverfassung, z. B. nicht die Inflationsproblematik. Er befriedigt nur einen heutigen Neuordnungsbedarf; daher bleibt offen, ob er für alle Zeit Bedeutung beanspruchen kann. Er ist nur ein Schritt in Richtung auf mehr Dreigliederung im sozialen Organismus. Das alles möchte ich hervorheben, auch wenn es selbstverständlich ist. Noch viel mehr Schritte sind notwendig, um der Dreigliederung des sozialen Organismus näher zu kommen und um andere akute Probleme nur zu entschärfen.

IX. Alternative Wege zur Förderung von mehr Kultur?

Auf diese Frage werden heute viele aus Überzeugung, andere, weil sie tragfähige Alternativen – sei es aufgrund ihrer Denkgewohnheiten oder aus anderem Grund – nicht sehen können oder wollen, antworten: Mehr Staat,

48 Vgl. im einzelnen zum privaten neutralen Geld Dieter Suhr und Hugo Godschalk, *Optimale Liquidität* (Fn. 20), S. 134ff.

49 Vgl. Hugo Godschalk, *Die geldlose Wirtschaft* (Fn. 29), S. 38ff., und *Zeitschrift für Sozialökonomie* März 1986, S. 21ff.

zumindest mehr staatliche Entwicklungshilfe. – Wo ständen wir kulturell, wenn Staat und Kommunen die Kultur der Selbstverwaltung und privaten Finanzierung überlassen hätten oder künftig überlassen würden?⁵⁰ Für das heutige Niveau der Kultur und seine Erhöhung ist deshalb der Einsatz der öffentlichen Hand unentbehrlich, auch wenn man ihn nicht für erstrebenswert hält, weil etwa

- sozialstaatliches Entwicklungsgeld leicht in der Geber- und Empfängerbürokratie versackt und seine Aufbringung durch Steuern oder gar durch Aufnahme von Staatsschulden viel kostet, Stichwort: hoher Verwaltungsaufwand (hohe Transferkosten),
- mit mehr direktem Einsatz und mehr finanzieller Hilfe für die Kultur sich der Staat und Kommunen noch mehr als heute in kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten einmischen und die Verschränkung von Kultur, Wirtschaft und Staat fördern müssen,
- die Wahlfreiheit der Menschen für mehr oder weniger Konsum, mehr Kultur oder mehr Wirtschaftswachstum, mehr oder weniger Arbeit verkürzt wird, wenn Staat und Kommunen für ihre Dienste an der Kultur noch mehr Geld umverteilen.⁵¹

Der entscheidende Einwand gegen die Übernahme weiterer kultureller Bereiche in die Regie des Staates und der Kommunen und gegen sozialstaatliche Finanzhilfen für die Kultur ist jedoch: Diese Maßnahmen überwinden das Konkurrenzdilemma als das entscheidende Hindernis für eine Zukunft mit mehr Kultur, qualitativem Wachstum und einer prosperierenden Wirtschaft nicht; sie können es nicht entschärfen, bestenfalls lindern, sofern nicht Strukturprobleme der Wirtschaft und sinkende Steuereinnahmen den Einsatz der öffentlichen Hand für die Kultur vereiteln. – Aber das heißt nicht, daß der Staat überhaupt nicht gebraucht werde. Er wird gebraucht, weil das Konkurrenzdilemma in aller Breite nur durch Einführung von carrying costs mit rechtsstaatlichen Mitteln überwunden werden kann.

50 Waldorfschulen z. B. gäbe es wohl nicht so viele wie heute; die Bundesländer tragen im Durchschnitt etwa $\frac{2}{3}$ der Schulkosten privater Ersatzschulen, manche auch mehr.

51 »Wenn (Menschen) direkt schenken, dann ist ihre Vernunft drinnen. (Wenn Geld aus dem Steueraufkommen der öffentlichen Hand in die Kultur strömt), schenken (Menschen) auch, nur wird es in die Steuer und so weiter hinein gemacht, da verschwindet es (das Schenken) im allgemeinen Nebel des Wirtschaftens und man bemerkt die Geschichte nicht. Dadurch eben geht die Sache wild, sonst würde Vernunft hineinkommen« (*Rudolf Steiner*, Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 181. Klammerzusätze vom Verfasser).

Viele Menschen spenden heute trotz der Reize, die von verzinslicher und rentierlicher Geldanlage ausgehen, »freies Geld« direkt für kulturelle Projekte oder vertrauen zinslose oder niedrig verzinsliche Gelder oder Spenden Vermittlern an, die ihrerseits kulturelle und wirtschaftliche Projekte mit diesem billigen Geld fördern und tragen. Wo ständen wir kulturell, wenn es diesen anderen Umgang mit Geld nicht gäbe? Aber kann er das Schloß für mehr Kultur und weniger Wirtschaftswachstum aufsperrern? Diese Frage mag jeder für sich entscheiden, aber dabei folgendes bedenken:

1. Heute gegebene Spenden ändern, auch wenn sie beträchtliche Höhen erreichen, am Konkurrenzdilemma nichts.
2. Leute, die hohe Einkünfte aus verzinslichen Krediten und rentierlichen Geldanlagen bis hin zu Zinseszinsinkommen haben, können hohe Spenden geben. Es fällt ihnen leicht, weil sie leichte Einkommen erzielen. An dieser Stelle wird aber Konfliktpotential sichtbar, nicht nur der verteilungspolitische Konflikt zwischen arm und reich, Arbeitenden und Nichtarbeitenden, sondern vor allem folgender Konflikt: Möchte man Geld für die Kultur aus jeder Quelle ohne Rücksicht auf die Schäden, die entstehen, bevor die Quelle sprudelt?

X. Das carrying-costs-Konzept – ein erster Schritt zum alternden Geld?

Ist das carrying-costs-Konzept mit den Vorstellungen Rudolf Steiners vom alternden Geld vereinbar? An dieser Frage haben sich unter dem Stichwort »Gesell« Gegensätze entzündet. Von Hans Georg Schweppenhäuser z. B., ist sie verneint worden.⁵² Ich könnte jetzt diese oder jene Stelle aus Rudolf Steiners großem Werk zitieren, die dafür spräche, daß Rudolf Steiner an carrying costs als Technik für das alternde Geld gedacht hat. Ich könnte z. B. auf den Satz der »Kernpunkte der sozialen Frage« verweisen, wo er davon spricht: »Es werden sich aus der Natur der Verhältnisse heraus Einrichtungen (carrying costs?) notwendig machen, welche dem Gelde für den Inhaber seinen Wert benehmen, wenn es die eben gekennzeichnete Bedeutung verloren hat (Anweisung auf Waren aufgrund eigener Leistungen in das Sozialprodukt zu sein)«. ⁵³ Andere Zitate können weiter helfen. ⁵⁴ Gegner dieser These könnten aus dem gleichen Satz der Kernpunkte unter Hinweis auf die

52. Das kranke Geld (Fn. 24), S. 143f. und Das Mysterium des Geldes (Fn.43), S. 30ff.

53. Kernpunkte (Fn. 1), S. 132.

54. Z. B. der Satz aus den Kernpunkten (Fn. 1), S. 133: »Doch wird eine solche vom Staat zu treffende Maßnahme (carrying-costs?) gerecht sein«.

Seiten 177ff. des Nationalökonomischen Kurses ganz andere Schlüsse ziehen. Dieser Streit um die richtige Deutung gleicht einem Glasperlenspiel. Er führt nicht weiter, weil Rudolf Steiner selbst zum carrying-costs-Konzept von Keynes nichts gesagt oder geschrieben hat.

Rudolf Steiner hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen⁵⁵ – früher als andere und vor John Maynard Keynes gesehen, daß »(wir) das Geld so ganz wild im volkswirtschaftlichen Prozeß zirkulieren lassen«⁵⁶, und daß dadurch unglaubliche Zerstörungen angerichtet werden und sich Kultur nicht entfalten kann. Deswegen sprach er von der »Zähmung« des Geldes⁵⁷ und verglich sie mit der Zähmung wilder Tiere.⁵⁸ Um das Geld zu zähmen, hat er in bildhafter Sprache vom alternden Geld gesprochen, das seinen Wert im Laufe der Zeit verlieren und durch »junges« Geld ersetzt werden soll⁵⁹, damit es »Zins auf Zins nicht mehr geben können (wird)«⁶⁰, ohne aber genau zu beschreiben, wie das Geld altert.⁶¹

Carrying costs wirken ähnlich. Sie belasten Kassehaltung mit Kosten, so daß »kassegehaltenes Geld« durch gegenläufige Kosten nach wenigen Jahren »aufgezehrt« wird, gewissermaßen altert. Der davon Betroffene muß das »aufgezehrte« Geld durch neues (junges) Geld, das er erarbeiten muß, ersetzen. – Dort, wo viel Geld ist, wird es aufgrund der carrying costs und des Sattseins an Gütern und Diensten »wertlos« und kann als Spende in der Kultur wieder für die dort Tätigen »wertvoll« werden usw. Das Carrying-costs-Konzept weist deshalb nach meinem Eindruck Parallelen zu den (geldpolitischen?) Vorstellungen Rudolf Steiners über ein zukünftiges (alterndes) Geld auf, das alle Mängel des Geldes seiner Zeit nicht haben sollte. Auch Dietrich-Jörn Weder hat im Blick auf die Arbeitslosigkeit auf parallele Anschauungen zwischen Rudolf Steiner und Keynes aufmerksam

55 Ähnliche Ideen hatten *Pierre Le Pesant de Boisguillebert* (1646–1714) – dazu *Santiago Fernandes* in *Zeitschrift für Sozialökonomie*, April 1985, S. 16ff., – und *Pierre Joseph Proudhon*. Zu nennen sind weiter Steiners Zeitgenossen *Silvio Gesell* (*Die Natürliche Wirtschaftsordnung*, 10. Aufl., Hann. München 1984) und *N. Johannsen* (*Die Steuer der Zukunft*. Berlin 1913 und unter dem Pseudonym »J. J. O. Lahn«, *Kreislauf des Geldes*. Berlin 1903).

56 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 178f.

57 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 178, 181. Vgl. den Beitrag von *H. J. Windelberg*.

58 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 178.

59 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 177ff.

60 Kernpunkte (Fn. 1), S. 133.

61 Nationalökonomischer Kurs (Fn. 22), S. 199ff., wo es z. B. auf S. 200 heißt: »Und so können Sie auch unter Umständen für den Begriff des sich abnützenden Geldes verschiedene Modalitäten finden, wie diese Abnutzung des Geldes geschehen kann«.

gemacht.⁶² Ob diese Parallelen zwischen dem carrying-costs-Ansatz beim Geld und den Geldvorstellungen Rudolf Steiners wirklich bestehen und wie weit sie gehen oder ob ich sie mir nur einbilde, vermag ich nicht zu entscheiden. Aber kommt es darauf an? Ist es nicht viel wichtiger, aus anthroposophischen Einsichten und Impulsen Vorhandenes Schritt für Schritt weiter zu entwickeln und dabei auch Einsichten, Lehren und Gedanken außerhalb des anthroposophischen Feldes einzubeziehen, wenn sie damit verträglich und für mehr Freiheit fruchtbar sind, auch wenn sie ein Ziel noch nicht vollständig erreichen?⁶³

Was folgt daraus für den Umgang mit der Idee des alternden Geldes? Nach der »Lösung« des alternden Geldes suchen und zu warten, bis man so weit sein wird, Steiners Idee vom alternden Geld »richtig« zu fassen, daß sie

62 Dietrich-Jörn Weder in: »Die Wirtschaftlichen Assoziationen«, Sozialwissenschaftliches Forum, Band 2, Stuttgart 1987, S. 189ff.

63 Rudolf Steiner hat das Ineinandergreifen des Kauf-, Leih- und Schenkgeldes, ihre verschiedenen Funktionen (Nationalökonomischer Kurs [Fn. 22], S. 175ff.) und die Grundzüge des alternden Geldes genau beschrieben, aber die konkrete Ausformung des alternden Geldes nicht genau festgelegt, z. B. seine konkrete Beschaffenheit, wer es schafft, altern läßt usw. (siehe das Zitat bei Fn. 61). In gleicher Weise hat er andere Aufgaben im Wirtschaftsleben genau beschrieben, deren Erledigung »Assoziationen« übernehmen sollen, ohne aber ihre Zusammensetzung, Arbeitsweise und das, was es in diesem Zusammenhang sonst noch alles zu regeln gibt, auch so präzise zu bezeichnen. Er spricht an mehreren Stellen der Kernpunkte davon, daß er Unvollkommenheiten nicht scheue, keine vollkommenen »Programme« ein für alle Mal geben wolle, sondern nur die Richtung kennzeichnen möchte (Kernpunkte [Fn. 1], S. 117f., siehe auch S. 114ff. und 128). – Bei seinem tiefen Verständnis der Freiheit dürfte Rudolf Steiner die Erkenntnis nicht fremd gewesen sein, daß zur Lösung derselben Aufgabe Menschen in anderer Zeit, an anderem Ort und unter anderen konkreten Gegebenheiten angemessene, zeitgemäße Techniken brauchen. Das erklärt, warum er Aufgaben genau beschrieben, aber die Richtung der Lösung nur angedeutet hat und die Details der konkreten Technik offen läßt, z. B. beim alternden Geld, so daß zeitangepaßte Techniken dafür noch zu entwickeln sind. – Das ist ein freiheitlicher Ansatz, der verhindert, daß Dogmen festgeschrieben werden, die zukünftigen Generationen die Chance nehmen, sich zu entfalten und eigene Wege zu gehen. Trotzdem werden seine weitgehend offenen Lösungsansätze auf sozialwissenschaftlichem Felde von einigen als Dogmen »gehandelt«. Von dort ist der Weg zur elenden Wortklauberei und zum Streit um die richtigen Zitate nur kurz, die häufig den offenen Blick nach gangbaren und verträglichen Wegen »auf Zeit« verstellen. – Insofern ist der Kampf, den Hans Georg Schweppenhäuser gegen die »Gesellianer« und ihre Geldtechnik geführt hat, schwer verständlich. Ob er immer begründet war, erscheint zweifelhaft, wie im übrigen auch der Kampf mancher Gesellianer gegen aus Steiners Erkenntnissen gewonnene Vorstellungen. Das »Freigeld« und das »Freiland« gesellischer Prägung sind im Vergleich zu Steiners Gesamtwerk bescheidene Ansätze. Rudolf Steiner ist viel weiter gegangen als Gesell und hatte insgesamt weit tiefere Einsichten. Trotzdem sind Gesells und Keynes' Konzepte es wert, verstanden und erwogen zu werden.

für die Praxis umsetzbar wird⁶⁴, hieße, den Bedarf für neutrales Geld zu übersehen, der heute eher noch dringender besteht als früher. Genügt es nicht, sich zu fragen, welche Anforderungen Steiner an alterndes Geld stellt, und zu vergleichen, ob das eine oder andere technische Konzept die von Rudolf Steiner genau beschriebenen Aufgaben der drei Geldarten (Kauf-, Leih- und Schenkgeld) und des alternden Geldes erfüllt? Legt man diese Elle an Keynes' Carrying-costs-Konzept, so scheint es unter den heutigen Rahmenbedingungen der Geld- und Wirtschaftsverfassung die Aufgaben des alternden Geldes wahrnehmen zu können.

Freiheit ist ein Geschenk des (erkämpften) Rechts. So sind Sklaverei und Leibeigenschaft erst im Laufe des letzten Jahrhunderts in der westlichen Welt durch neues Recht in persönliche Freiheit gewandelt worden. Andere Vorrechte und soziale Abhängigkeiten, vor allem die des heutigen Geldes, müssen – trotz Grundgesetz und mit dem Grundgesetz und seinen bedeutenden Freiheitsrechten – noch durch neues Recht in Freiheit gewandelt werden. Eine Geldordnung mit dem von Keynes entwickelten, wahrscheinlich nicht für alle Zeit, aber heute dringend notwendigen neutralen Geld kann einen weiteren Beitrag zur Freiheit in der Kultur und Brüderlichkeit in der Wirtschaft leisten, einige akute Probleme entschärfen und Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen etwas mehr Raum geben, sich ihrer ureigensten Aufgabe zu widmen, hoheitlich Recht zu setzen und durchzusetzen und nicht nur beliebige, der Freiheit nicht verpflichtete Gesetze zu erlassen und zu vollziehen. Was spricht dagegen, sich Keynes' Idee des neutralen Geldes zu öffnen und mit dazu beizutragen, daß es eines Tages – und sei es nur auf kleinen Inseln mit privatem neutralem Geld – Wirklichkeit wird?

64 Man findet bei *Hans Georg Schweppenhäuser* viel Anregung und gründliche Untersuchungen. Aber er hat sich – vielleicht im Zusammenhang mit seinem Mißverständnis des Carrying-costs-Ansatzes als Inflation (Schwundgeld) – in Konstruktionen, wie die Geldarten Kaufgeld, Leihgeld und Schenkgeld ineinander übergehen und Geld altert, verstrickt, ohne daß sichtbar wird, wie seine »Organische Geldordnung« in Praxis übergehen soll (Das kranke Geld, S. 136–159, 160ff., und Das Mysterium des Geldes, S. 97ff.).

Wert und Währung

– Die Rolle der Wert-Theorie für ein Wahrungskonzept –

Dr. Ernst Winkler

Inhaltsübersicht

1. *Vorbemerkung*: Die theorethischen Antithesen

Teil I: Die Grundlgen der marktwirtschaftlichen Ordnung

2. Rückkopplung und Selbststeuerung
3. Selbststeuerung durch relationsgebundene Marktmechanismen
4. Ungleichgewicht durch globale (zeitgebundene) Rückkopplung
5. Wirtschaftskreislauf (Geld und Waren)
6. Kapitalbildung und Zins

Teil II: Währung als Fundament der marktwirtschaftlichen Ordnung

7. Die Funktion des Geldes
8. Wert und Preis
9. Grundfragen der Währung
10. Einkommensverteilung

Vorbemerkung über Anlaß und Zweck der Abhandlung

1. *Die theoretischen Antithesen*
 - 1.1 *Vertreter der Wert-Theorie*
 - 1.1.1 Die *klassische Nationalökonomie* (David Ricardo, Adam Smith) – »Normaler Wert« und »kostendeckender Preis«
 - 1.1.2 *Karl Marx* (Arbeitswert im Sinne von 1.1.1, Mehrwertlehre)
 - 1.1.3 *Johann Kleinhappl* (Öffnung der katholischen Soziallehre in Richtung zum Marxismus; ethische und ökonomische Wertung der Arbeit)
 - 1.1.4 *Thomas Wagner* (Arbeitswährung – Wien, 4. Aufl. 1970)
Bemerkung: Hilfen zur raschen Information
 - 1a) zu 1.1.1 und 1.1.2: Aufsatz von H. P. Neumann, Heft 119 FdF
 - 1b) zu 1.1.3: Aufsatz von Alfred Elfes in mtg Nr. 35 (Aug. 1977)
Dialog Elfes-Kleinhappl-Jung in »Glaube und Tag« (Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft freiheitlich-sozialer Christen)
 - 1.2 *Vertreter der Preis-Theorie* (und z. T. der Monetarismus)

- 1.2.1 Der Großteil der *gegenwärtigen* Wirtschaftstheorie
- 1.2.2 *Silvio Gesell* (Konsequenter Monetarismus: Indexwährung mit Geldumlaufsicherung)
dgl. Gustav Cassel, Irving Fisher
- 1.2.3 *John Maynard Keynes* (Preis-Theorie, Befürwortung der Indexwährung, mit Einschränkung auch der Umlaufsicherung des Geldes)
- 1.2.4 *Milton Friedman* (Naiver Monetarismus)
- 1.3 *Vermittelnde Stellungnahme*
- 1.3.1 *Karl Walker* (Vertreter der Lehre von Silvio Gesell in zahlreichen Veröffentlichungen; Erneuerung der Werttheorie in der letzten Veröffentlichung: »Das Weltwährungssystem«, 1974)
- 1.3.2 Die *vorliegende Abhandlung* bezweckt eine kurze Zusammenstellung der theoretischen Grundlagen des konsequenten Monetarismus im Sinne von Silvio Gesell mit persönlicher Stellungnahme in einigen noch strittigen Detailfragen; einerseits mit Widerlegung von Gegenargumenten (insb. zu Thomas Wagner), andererseits mit Abbau monetaristischer Einseitigkeit, also Anerkennung der berechtigten ethischen und ökonomischen Aspekte der Wert-Theorie im Sinne von Kleinhappl, Thomas Wagner und Karl Walker).

Teil I: Die theoretischen Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Ordnung

(»Freie« Marktwirtschaft im Doppelsinn: *frei* von staatlichem Dirigismus und von monopolistischer Vermachtung)

2. *Rückkopplung und Selbststeuerung*

2.1 und 2.2 *Definiton der Rückkopplung (Regelkreis)*

Wenn die Differenz zwischen dem faktischen Momentanzustand (»Ist-Wert«) und dem Normalzustand (»Soll-Wert«) Kräfte auslöst, die zu dieser Differenz

- 2.1 proportional *entgegen* wirken, so bewirken sie das Einpendeln auf den Normalzustand: »*negative Rückkopplung*« und »*dynamisches Gleichgewicht*« (Beispiel: Fadenpendel);
- 2.2 proportional *gleichsinnig* wirken, so bewirken sie eine beschleunigt wachsende Abweichung vom Normalzustand: »*positive Rückkopplung*« und »*Ungleichgewicht*« (Beispiel: auf der Spitze balancierender Bleistift);
- 2.3 *Selbststeuerung* beruht auf negativer Rückkopplung oder wird durch ein System interdependenter negativer Regelkreise bewirkt.
- 2.4 *Beispiel für Selbststeuerung* sind:

- (1) aus der *Technik*: Zentrifugalregulator, Thermostat, Ölstandsregler, selbstgesteuerte Rakete, kybernetische Techniken;
- (2) aus der *Biologie*: Selbstregulierung der Blut-Temperatur des Zucker- und Cholesterin-Spiegels, der Atem-, Herz- und Darmtätigkeit, allgemein: die neurohormonale Selbststeuerung (d. h. durch vegetatives Nervensystem und durch Hormone);
- (3) aus der *Wirtschaft*: vgl. nachfolgend Ziff. 3 ff.

Bemerkung 2a: Die *Vorzeichen-Charakterisierung* ist rein beschreibend und nicht wertend zu verstehen; denn die negative Rückkopplung ist als eine Umkehrung der Abweichung, also als Streben zu Normalzustand und Gleichgewicht zweckmäßig und erwünscht (vgl. 2.1: dynamisches Gleichgewicht), während die *positive* Rückkopplung als Verstärkung dieser Abweichung störend und unerwünscht ist (vgl. 2.2: Ungleichgewicht).

3. *Selbststeuerung durch relationsgebundene Marktmechanismen* (negative Rückkopplung, dynamisches Gleichgewicht innerhalb des Marktes)

3.1 *Innerhalb des Warenmarktes* führt das freie Kräftespiel von Angebot (A) und Nachfrage (N) über die Preise ($P = \frac{N}{A}$) zu einem negativen, also

das Gleichgewicht bewahrenden Regelkreis: Preissteigerung einer Ware verursacht in Relation zu anderen auf dem Markt angebotenen Waren eine Abnahme der Nachfrage N und Zunahme der Produktion des Angebots A, also eine ausgleichende Preissenkung; das Analoge gilt für die Auswirkungen einer Preissenkung.

3.2 *Ursache der Selbstregulierung* ist also eine der entstandenen Preisdifferenz (durch geänderte Preisrelationen innerhalb des Marktes) entgegengesetzte Tendenz gemäß 2.1.

3.3 Wie auf dem *Warenmarkt* die *Preise*, so wirken auf dem *Kapitalmarkt* die *Zinsen*, auf dem *Arbeitsmarkt* die *Löhne* als *Indikatoren* (Anzeige relativer Knappheit) und als *Regulatoren* (Rückwirkung auf Angebot und Nachfrage im Sinn des dynamischen Gleichgewichts).

3.4 Die *Selbststeuerung* bewirkt die Aufrechterhaltung des dynamischen Gleichgewichts (also Pendeln um eine Gleichgewichtslage) auch noch für den Fall einer stetigen Anpassung an genügend langsame *Änderung* der Bedingungen; sie versagt aber bei zu raschen und bei plötzlichen *Änderungen* (Ungleichgewichts-Zustände bzw. -Prozesse).

Bemerkung 3a: (zu 3.3 »Arbeitsmarkt«) »Arbeitsmarkt« ist in Analogie zu Warenmarkt so zu verstehen, daß nicht (nach Marx) die menschliche Arbeitskraft als Ware, sondern daß die *Dienstleistungen* (z. B. des Friseurs, Straßenkehrers, Krankenpflegers) in Analogie zu den Arbeitsprodukten (z. B. des Bäckers, des Schreiners, des Schriftstellers) auf

dem »Markt« angeboten werden. Dabei ist allerdings eine idealisierte marktwirtschaftliche Ordnung vorausgesetzt, die in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem, vor allem durch die Tarif-Abschlüsse, nicht gegeben ist und in einer erstrebten freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung neuer Regelungen bedarf (vgl. im folgenden 10.2 Leistungsbewertung und 10.4 Partnerschaft im Unternehmen).

4. *Ungleichgewicht durch globale (zeitbezogene) Rückkopplung* (positive Rückkopplung hinsichtlich globaler Marktveränderungen)
- 4.1 *Global für den Warenmarkt* führt das Kräftespiel zwischen Gesamtangebot (Warenproduktion) und Gesamtnachfrage (nachfragende Geldmenge) über das *Preisniveau* (Preisindex als durchschnittliche Maßzahl sämtlicher Warenpreise) zu einem positiven, also jedes eintretende Ungleichgewicht vergrößernden Regelkreis: Allgemeine Preis-Steigerung bzw. -Senkung bewirkt (als zeitlich verlaufender Prozeß) ein weiteres Ansteigen bzw. Nachlassen der Nachfrage, d. h. jede inflationäre bzw. deflationäre Veränderung hat die Tendenz der Selbstverstärkung.
- 4.2 *Ursache des Ungleichgewichts-Mechanismus* ist der zeitliche Verlauf inflationärer bzw. deflationärer Veränderung (d. h. Steigen bzw. Fallen des Preisniveaus gleichbedeutend mit Abnahme bzw. Zunahme der Kaufkraft des Geldes) und die verstärkend wirkende *Erwartung* der Käufer, Produzenten, Investoren bezüglich Fortsetzung dieser Veränderung für die nächste Zukunft (für den morgigen Tag).
- 4.3 Analog führt auch eine Veränderung des gesamten *Lohnniveaus* zur Selbstverstärkung wegen des Strebens nach Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards (speziell im Ernstfall des Existenzminimums). Ein fortgesetztes Absinken des gesamten *Renten- und Zins-Niveaus* führt aus anderen Gründen (wegen der dann einsetzenden Geldhortung – vgl. 6.4) zu einer schweren Störung des Kapitalmarktes.
Bemerkung 4a: Das Relationsgefüge der Einzellöhne (vgl. 3a) hat heute weitgehend, das Gesamtlohn-Niveau hat völlig die Flexibilität und damit die Steuerungsfähigkeit für das Marktgeschehen eingebüßt. Statt dessen sind nur nachträglich (mit Verspätung) oder vorwegnehmend (im Vorgriff auf erwartete Veränderungen) tariflich erkämpfte Lohnerhöhungen (also Veränderungen nur in der einen Richtung nach oben) möglich.
5. *Wirtschaftskreislauf*
- 5.1 *Waren- und Geld-Kreislauf* (vgl. nachfolgende Zeichnung). Die Produktion erzeugt erstens einen *Strom von Waren (W)* ausgehend vom Angebot, Absatz (A) zum Verbrauch der Konsumgüter, dem Verschleiß und der Veralterung der Investitionsgüter (V); zweitens einen entgegengesetzt gleichen *Geldkreislauf* ausgehend vom Einkommensstrom

Produktion über die Preisrelationen steuert. Allerdings funktioniert die Selbstregulierung bezüglich Konsum (K) und Investition (J) wegen der Zeitverzögerungen nur bei nicht zu raschen Änderungen der Bedingungen einigermaßen zuverlässig (vgl. 3.4).

- 5.4 *Soziale Störungen des Geldkreislaufes.* Neben der legitimen Einkommensquelle (E) aus der Produktion (allgemeiner: aus einer Leistung für das Sozialprodukt) kann es *illegitime* Einkommensquellen aus *Monopolstellungen* (M), seien sie nun legal (Grundrente, Zins, Spekulationsgewinn) oder illegal (Wirtschaftsbetrug mittels Steuer, Subvention, Bankrott) geben. Diese illegitimen (leistungslosen) Einkommen verfälschen als soziale Störung (Verstoß gegen das Verursacherprinzip) die Verteilung des Sozialproduktes zu Ungunsten jener, die es durch ihre Leistung geschaffen haben («Ausbeutung»). Die soziale Störung kann nur um den Preis einer funktionalen Störung aufrecht erhalten werden (vgl. im folgenden 6.4 und 6.5c).
- 5.5 *Funktionale Störungen des Geldkreislaufes.* Eine konstante *Hortung* (H), d. h. eine konstant bleibende Menge jeweils stillliegenden Geldes (als Liquiditäts- oder Spekulationsreserve) bedeutet eine entsprechende Minderung der umlaufenden Geldmenge mit der unter 5.2 beschriebenen Auswirkung auf eine Kaufkrafthöhung des Geldes, aber ohne eine Störung des Geldkreislaufes. Dagegen wirkt sich eine Zunahme der Horte oder eine Entleerung der Horte als zunehmende Verminderung bzw. Erhöhung der Kaufkraft des Geldes aus mit der unter 4.1 beschriebenen Selbstverstärkung dieses inflationären bzw. deflationären Trends.

Bemerkungen 5a (zu 5.2). Die Gleichung $N = A$ wird in der »bereinigten Quantitätstheorie des Geldes« präzisiert durch die Formel $Q \cdot U = W \cdot P$ (Dimension: Geldeinheit/Zeit). Dabei besteht die Nachfrage N im Geldstrom, gebildet aus der Geldmenge (Quantität Q in DM) und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes U (gemessen in 1/Zeit); das Angebot A in dem mit Geld bewerteten Warenstrom, gebildet aus dem materiellen Warenstrom W (Menge/Zeit) und dessen Durchschnittspreis P (DM/Menge). Diese Formel bedeutet zugleich in der umgeformten Schreibweise $P = \frac{Q \cdot U}{W}$ die Bestimmung des Preisniveaus P aus Nachfrage (Geldstrom $Q \cdot U$) und Angebot (Warenstrom W).

Allerdings ist die exakte Definition der verwendeten Begriffe etwas problematisch: bei Q muß zwischen umlaufendem und stillliegendem Geld unterschieden werden, ferner zwischen den verschiedenen Geldarten, insbesondere Bargeld und Buchgeld. Damit wird auch U problematisch (vgl. 5b). Das symbolische Produkt $W \cdot P$ als Abkürzung einer

Summe von Produktion (nämlich für die jeweiligen Waren-Arten und Mengen-Einheiten) definiert in einer gleichfalls problematischen Mittelbildungs-Methode den Durchschnittspreis.

5b (zu 5.2 und 5.5). Die Umlaufgeschwindigkeit U ist eine nicht exakt definierte und nicht beliebig veränderliche hypothetische Rechengröße. Definiert und meßbar ist der Geldstrom $E = Q \cdot U$, der im zeitlichen Mittel gleich dem Warenstrom A ist und je nach Änderung der Hortungsbeträge H um diesen Mittelwert schwankt. Aber diese Schwankungen sind störend und gefährlich wegen der jeweiligen Selbstverstärkung inflationärer und deflationärer Trends (nach 4.1) und ihrer belebenden bzw. hemmenden Auswirkungen auf die Wirtschaft, wobei bereits das sich ankündigende Ende einer inflationär angeregten Hochkonjunktur in eine Krise mit plötzlich einsetzender Deflation umkippt.

5c (zu 5.2 und 5.5). Eine echte, also auch längerfristige *Deflation oder Inflation* kann (wie schon der Name sagt) nur durch Geldmengenänderung, nämlich Schrumpfung oder Aufblähung als zeitlich verlaufender Prozeß bewirkt werden. Leider sieht sich die Notenbank zwecks Gegensteuerung gegen umlaufbedingte kurzfristige deflationäre bzw. inflationäre Trends oft zu dieser verhängnisvollen Maßnahme gedrängt. Werden zwecks Überwindung einer Absatz-Stockung nach Keynes'schem Rezept die gehorteten durch neu ausgegebene Geldmengen ersetzt, so drängen sich beide bei Beginn der nächsten Konjunktur zugleich auf den Markt mit dem Effekt einer echten, langfristigen Inflation.

5d (zu 5.3 und 5.5). Die vielfach widerspruchsvollen Mahnungen der Wirtschaftspolitiker, einmal zu *Konsum* zwecks Absatzbelebung, einmal zu *Sparen* zwecks Investitionsförderung (und die zugehörigen Argumente der Gewerkschaften bzw. der Unternehmer betreffs Lohnpolitik) leiden an der unklaren Doppeldeutigkeit des Begriffes »Sparen« im Sinn von Investition (J) oder im Sinn von Hortung (H).

Als wesentlich für das wirtschaftliche Gleichgewicht erkannten wir die Bedingung Einkommen gleich Nachfrage ($E = N$) im Sinne von Konsum und Investition gleich Nachfrage ($K + J = N$); also konstante (relativ kleine) Hortungsbeträge. Denn es nützt der Wirtschaft nichts, wenn die auf Geldinstitute eingezahlten Sparbeträge in Wartestellung auf eine attraktive Anlagemöglichkeit verharren. Dabei haben wir das Verhältnis von Konsum (K) zu Investition (J) der Selbstregulierung anvertraut.

6. Kapitalbildung und Zins

6.1 *Kapitalbildung* (vgl. Fig. zu 5.1). Wenn bei konstanten Hortungsbeträgen der Einkommensstrom $E = K + J$ sich stärker auf J verlagert (»Investition durch Konsumverzicht«) so wird Sachkapital – vor allem in der

Form produzierter Produktionsmittel – gebildet (wobei wir hier eine von Staatsbeteiligung möglichst freie Marktwirtschaft voraussetzen). Dieses Sachkapital bewirkt eine Produktivitätserhöhung der Arbeit, deren Reinertrag zunächst dem Kapitaleigner als Sachkapital-Rendite (R) zufließt.

- 6.2 *Sozialisierung des Kapitalertrages.* Durch fortgesetzte Kapitalbildung (»Wirtschaftsexpansion«) nimmt bei freier Konkurrenz die Kapitalrendite ab zugunsten erhöhten Arbeitsertrages (fallende Gewinne infolge fallender Preise und steigender Löhne, weil auf dem Warenmarkt das Angebot und auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage zunimmt), das heißt, die kapitalbedingte Produktivitätserhöhung der Arbeit kommt in zunehmendem Maße allen Arbeitenden zugute.
- 6.3 *Der Geldzins.* Voraussetzung für die Bildung von Sachkapital ist die Bildung von Geldkapital. Von der Sachkapital-Rendite R muß der Geldzins Z für Fremdkapital bezahlt und mithin auch für Eigenkapital erarbeitet werden. Daher bildet sich auf dem Kapitalmarkt der Geldzinsfuß Z als Indikator (Anzeiger relativer Knappheit) und Regulator (Leiter der Kapitalströme) im Spiel von Angebot und Nachfrage nach folgendem Schema:

	Kapitalnachfrage	Kapitalangebot	
Investoren	Zinsangebot	Zinsforderung	Geldanleger
	$R > Z > L$		

Der Spielraum für die Bildung des Zinsfußes Z hat als obere Grenze die Sachkapitalrendite R (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) und als untere Schranke die auf der Liquiditätsvorliebe (L) der Geldbesitzer beruhende Mindestforderung an Zins (nach J. M. Keynes etwa: $L = \frac{1}{2}$ bis 3%).

- 6.4 *Die untere Zinsschranke.* Wenn bei fortdauernder Wirtschaftsexpansion die sinkende Kapitalrendite R sich der unteren Schranke der Liquiditätsvorliebe (L) nähert, entsteht Wirtschaftsstockung oder sogar Wirtschaftskrise, weil sich die (vorwiegend in Geldinstituten und Versicherungen) angesammelten liquiden Gelder nicht zu so niedrigem Zinsfuß für Investitionen zur Verfügung stellen, sondern in Wartestellung auf attraktivere Anlagemöglichkeiten verharren (z. B. Anlage im Ausland oder in der nicht zinsdrückenden, weil vom Steuerzahler finanzierten Rüstungsindustrie oder einfach in festverzinslichen Staatsanleihen usw.).
- 6.5 *Leistungsloses Einkommen.* Die untere Zinsbarriere unterbricht also den Prozeß der Sozialisierung der Kapitalrendite und sorgt für die Aufrechterhaltung eines leistungslosen Einkommens aus der Monopolstel-

lung (M) des Kapitaleigentums in den Formen des Geldzinses und der Sachkapitalrendite. Dazu kommt noch die (den hier gesteckten Rahmen überschreitende) Grundrente.

Bemerkungen 6a (zu 6.3). Wenn der Staat auf dem Kapitalmarkt Nachfrage hält, erzeugt er einen aus Steuermitteln künstlich hochgehaltenen Landeszinsfuß Z_0 (also $R Z Z_0 L$) mit der Folge einer ständigen Wirtschaftsstagnation (insbesondere Arbeitslosigkeit), sobald die Rendite R unter Z_0 sinkt (Stagflation als Ergebnis eines staatlichen Dirigismus, der die Inflation mit unzureichendem Erfolg durch wirtschaftsdämpfende Maßnahmen mit gleichzeitiger Investitions-Subvention bekämpft).

6b (zu 6.4). Im Hochkapitalismus verliefen die ständigen *Konjunkturzyklen* nach dem Schema: Kapitalvermehrung bei hoher Rendite, dadurch Absinken der Rendite R bis auf den Punkt des Eintretens der Liquiditätsvorliebe L , Wirtschaftskrise, physische und funktionale Kapitalvernichtung, daher neuer Konjunkturaufschwung bei Kapitalarmut und hoher Rendite (verstärkt durch inflationäre bzw. deflationäre Trends nach 5.5 und 5c; modifiziert durch Zeitverschiebungen in der Aufeinanderfolge von Kreditaufnahme, Investition und Produktion nach Maßgabe der jeweiligen Zukunftserwartungen sowie durch zahlreiche Interdependenzen).

Im jetzigen Spätkapitalismus wird durch staatliche Intervention nach Keynes'schem Rezept (deficit spending, antizyklische Konjunkturpolitik, Fiskalpolitik, Vollbeschäftigungspolitik) diese Konjunkturschwankung entschärft zugunsten des Unternehmers und des Arbeiters, aber auf Kosten des Steuerzahlers und der wirtschaftlichen Effizienz.

6c (zu 6.5). Die soziale Störung durch Aufrechterhaltung des leistungslosen Einkommens nach 6.5 ist also inhaltlich aufs engste mit der in 6b beschriebenen funktionalen Störung verknüpft.

Teil II: Währung als Fundament einer marktwirtschaftlichen Ordnung

7. *Die Funktion des Geldes*

7.1 *Funktionale Eigenschaften des Geldes.* Die Funktion des Geldstromes im Dienste des Warenstromes (5.1) wird durch die beiden grundlegenden Eigenschaften des Geldes ermöglicht, nämlich durch das Geld als *Tauschmittel* (1) und als *Wertmesser* (2). Hieraus ergibt sich auch seine Eignung und staatliche Legitimierung als Zahlungsmittel (3).

Darüber hinaus hat jedoch unser derzeitiges Geld noch eine schädliche Eigenschaft, nämlich als Wertaufbewahrungsmittel (4), also als Hortungsmittel.

- 7.2 *Widersprüchliche Eigenschaften.* Die Eigenschaft des Geldes als Wertaufbewahrungs-, also Hortungsmittel (4), d. h. die Eigenschaft des möglicherweise stillliegenden Geldes widerspricht der Eigenschaft als Tauschmittel (1), d. h. des notwendig stets zirkulierenden Geldes. In der Tat verursacht, wie wir gesehen haben, die Hortungsfähigkeit des derzeitigen Geldes die beiden, in Figur zu 5.1 als Nebenzweige charakterisierten Störungen, nämlich direkt die funktionale Störung (5.5) durch veränderliche Hortung (H) und damit indirekt auch die soziale Störung (5.4) durch das leistungslose Einkommen (M), insoweit es nach 6.3 und 6.5 aus Sachkapitalrendite und Geldzins stammt, also in der Liquiditätsvorliebe für das hortungsfähige Geld begründet ist. (Vom Problem der Grundrente wird hier abgesehen).
- 7.3 *Umlaufsicherung des Geldes.* Beseitigt man die schädliche Geldeigenschaft (4) und damit auch die Zinsbarriere durch eine Geldstillstandssteuer (Unkostenbelastung gehorteten Geldes) etwa in der Höhe des Liquiditätsvorliebe-Punktes L, also 3%, so wird die Geldzirkulation nicht mehr aus spekulativen Gründen bei niedrigen Werten von Rendite (R) und Zins (Z) unterbrochen («Umlaufsicherung»). An die Stelle des Zinses als Belohnung für zirkulierendes, investitionsberechtigtes Geld tritt die Hortungssteuer als Strafe für stillgelegtes Geld. Damit werden die beiden im Geldwesen liegenden Störungen des Wirtschaftsablaufes überwunden (vgl. 5.4 und 5.5, also Geldstrom-Nebenzweige von M bzw. über H nach der Figur zu 5.1).
- 7.4 *Die soziale Funktion des Geldes.* Eine *Banknote* ist ein *Rechtsdokument* mit doppelter Bedeutung: zum ersten garantiert sie als Berechtigungsschein ein Anspruchs-Recht auf einen gewissen Teil des Sozialproduktes; zugleich aber sollte sie als Nachweis einer äquivalenten Leistung an das Sozialprodukt die Legitimität des Anspruches verbürgen. Überdies ist mit der erstgenannten Eigenschaft zugleich eine soziale Verpflichtung verbunden, nämlich den Rechtsanspruch entweder selbst unverzüglich geltend zu machen – sei es auf dem Konsum- oder Investitionsgüter-Markt – oder aber einem anderen leihweise zu eben diesem Zweck auf Zeit zur Verfügung zu stellen. Für die Erfüllung beider sozialer Forderungen sorgt nach 7.3 die Hortungssteuer.

Bemerkungen 7a (zu 7.3). Die Technik der *Hortungssteuer* soll hier nicht erörtert werden (vgl. z. B. *Karl Walker*: »Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes«, Heidelberg 1972). Wesentlich ist, daß nur die Geldzeichen (Banknoten) mit einer Steuer belastet werden, nicht aber die Geldeinheit (die »Währung«) einem Wertschwund unterworfen wird!

Die Anwendung auf das Bargeld schlägt automatisch auf das Buchgeld durch und wirkt sich somit auch auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr aus.

Langfristige Einlagen haben nur einen um die Hortungssteuer (etwa 3%) verringerten Zins, kurzfristige Einlagen auf Girokonten hingegen eine entsprechend erhöhte Verwaltungsgebühr (»negativer Zins«).

Grundsätzlich könnte derselbe Effekt des stockungsfreien Geldumlaufes auch durch eine dosierte Inflation erreicht werden, wenn diese mit exakter Zuverlässigkeit (konstante Inflationsrate von z. B. 3%) und in voller Ehrlichkeit (ohne Verfälschungen durch staatlichen Dirigismus) gleichzeitig mit Wertsicherungen auf Indexbasis für alle längerfristigen Verpflichtungen und Verträge (»Doppelwährung« nach Th. Christen) durchgeführt werden könnte.

Das *Sparen* durch Einlage in Geldinstituten bekommt dann wieder seinen ursprünglichen und eigentlichen Sinn einer dauerhaften Wertaufbewahrung ohne Verlust (Kaufkraftschwund) und ohne Zinsen (leistungslosen Gewinn).

8. Wert und Preis

8.1 *Geld als Wertmesser.* Das Geld besaß in seiner ursprünglichen Form als eine (zum Tausch besonders geeignete) Ware (Vieh, Kaurimuscheln, Edelmetall, Münzen) selbst einen Wert. In seiner neuzeitlichen Form der Goldwährung hatte die Banknote die Bedeutung eines Gutscheins (Schuldscheins) durch die Einlösepflicht der Notenbank mit einem gesetzlich festgelegten Gegenwert in Gold. Auch heute hat die Banknote keinen »inneren« Wert, aber als Rechtsanspruch auf eine bestimmte Warenmenge repräsentiert und mißt sie einen »Wert«, dessen zeitlich ungeschmälerte Dauer von der Rechtsprechung sogar bei widersprechenden Erfahrungen als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Dieser Wertbegriff überträgt sich somit auch auf das Buchgeld als Rechtsanspruch (Zahlungsanweisung) auf Bargeld – vorausgesetzt, daß die Ware selbst einen objektivierbaren, meßbaren »Wert« darstellt.

8.2 *Der Tauschwert.* Bei direktem Tausch zweier Waren auf dem Warenmarkt (vor Erfindung des Geldes in der Frühgeschichte oder nach dem Zusammenbruch eines Währungssystems in der Zeitgeschichte) erhält jeder Tauschpartner den subjektiv für ihn höheren »Wert« (zumeist als Gebrauchswert, aber z. B. auch als Kunstwert oder Seltenheitswert), während die durch Angebot und Nachfrage gebildeten Tauschwerte objektiv gleich sind. (Die erste Feststellung betrifft das Motiv, die zweite das Zustandekommen des Tausches). In der Geldwirtschaft ergibt sich als Gegenwert einer Ware ihr *Preis* als der in Geldeinheiten ausgedrückte Tauschwert. Umgekehrt kann man den »Wert« oder die Kauf-

kraft des Geldes auch in übertragenem Sinn als seinen »Preis« bezeichnen, ausgedrückt in Waren-Werten.

- 8.3 *Arbeitswert-Lehre*. In einer monopolfreien (also von leistungslosem Einkommen freien) Marktwirtschaft pendelt der im freien Spiel von Angebot und Nachfrage erzielte Preis einer Ware zufolge der (negativen) Rückkopplung um seinen »Wert«, der durch den gesamten, zur Produktion dieser Ware erforderlichen Arbeitsaufwand mit Einschluß der benötigten Rohstoffe und mit Berücksichtigung der benötigten Maschinen bestimmt wird. Die klassische Nationalökonomie (1.1.1) spricht hier vom »kostendeckenden Preis« als Äquivalent des »normalen Wertes«. Für die Goldwährung kann dieser Begriff des »normalen Wertes« direkt auf das Geld übertragen werden.
9. *Grundfragen der Währungsordnung*
- 9.1 *Die Geldmenge*. Es widerspricht den erörterten funktionalen und sozialen Aufgaben des Geldes, daß der Staat bzw. die Notenbank die in Umlauf gegebene Geldmenge nach eigenem Ermessen ändern kann – z. B. zwecks Finanzierung von Staatsaufgaben, zwecks Wirtschaftsbelebung (Vollbeschäftigungspolitik), für Zwecke der Sozialpolitik – oder zur Konvertierung von Devisenzuflüssen einfach zusätzliches Geld in den Umlauf geben kann. Dadurch werden erstens zusätzliche und zwar illegitime Ansprüche auf das Sozialprodukt geschaffen – ein grober Verstoß gegen die soziale Funktion des Geldes (7.4) und die soziale Gerechtigkeit durch Schädigung der legitimen Ansprüche; zweitens ergibt sich als Folge eine Kaufkraftminderung des Geldes, also eine Beeinträchtigung seiner funktionalen Eigenschaft, über einen längeren Zeitraum als Wertmesser (7.1) zu dienen.
- 9.2 *Eine Währungsordnung des neutralen Geldes*. Eine Währungsordnung, die im Sinne der Funktionsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit wirklich den Namen »Ordnung« verdient, setzt also eine *Reform* unseres Geldwesens voraus. Sie benötigt ein »neutrales«, d. h. ein nur »dienendes«, nicht »herrschendes« Geld, das als *Tauschmittel* in stockungsfreier Zirkulation den fairen Leistungsaustausch in der arbeitsteiligen Wirtschaft ermöglicht, als *Wertmesser* nur legitimen Ansprüchen und ohne Kaufkraftänderungen dient, daher auch als Zahlungsmittel eine unverzichtbare Stütze unserer Rechtsordnung sein kann. Zur Realisierung einer solchen Währungsordnung bieten sich verschiedene Vorschläge an (9.3–9.5).
- 9.3 *Indexwährung*. Der Name »Währung« postuliert die Stabilität des Geldes als Wertmesser und legt daher eine »Indexwährung« nahe: Die Geldmenge wird in laufender Anpassung an die Warenproduktion so reguliert, daß der Preisindex, also die Kaufkraft des Geldes konstant

bleibt. Eine durch Produktionserhöhung erforderliche Geldvermehrung bedeutet dann nicht die Einschleusung illegitimer Ansprüche, denn gerade durch diese Maßnahme bleiben alle legitimen Ansprüche in gleichbleibender Höhe erhalten. Grundbedingung für die Zuverlässigkeit und Effizienz dieser Währungsregulierung ist dabei, daß dann auch die Umlaufgeschwindigkeit der von der Notenbank »in Umlauf gegebenen« Geldmenge konstant gehalten wird. Diese Bedingung läßt sich am leichtesten durch die bereits erläuterte Hortungssteuer erfüllen. Denn ihre Folge ist ein, dem derzeitigen finanzwirtschaftlichen Entwicklungsstand (speziell hinsichtlich des Banken- und Sparkassen-Netzes) entsprechender Höchstwert der Umlaufgeschwindigkeit (d. h. Mindestwert der Hortung). Diese »*Indexwährung mit Umlaufsicherung*« vermag alle bisher erörterten Postulate der Funktionsfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen.

- 9.4 *Waren-Währung* (vgl. 1.3.1). Statt der währungspolitischen Manipulation zwecks Anpassung der Geldmenge an Veränderungen der Warenproduktion könnte auch eine direkte Kopplung im Sinn einer Selbststeuerung angestrebt werden. Diesen Zweck verfolgt *Karl Walkers* Vorschlag einer Kredit-Finanzierung der Warenproduktion durch *Redis-kontierung von Waren-Wechseln*, sodaß die Notenbank laufend das für neuproduzierte Waren benötigte Geld in Umlauf bringt und nach dem Absatz (Konsum) der Waren wieder einzieht. Inwieweit dieser Vorschlag auch das Problem der Umlaufsicherung sowie der Wert-Bildung und Wert-Sicherung der Geldeinheit löst, bedarf wohl noch genauerer Überlegungen.
- 9.5 *Arbeitswährung* (vgl. 1.1.2 und 1.1.4). Theoretisch erscheint es nach der Arbeitswert-Lehre (8.3) einleuchtend, daß eine stabile Währung den Wert der Geldeinheit an den durch Arbeitsaufwand bestimmten Wert der Waren, also einfacher an die Arbeit direkt bindet. Praktisch ergeben sich dabei jedoch einige Probleme für die Funktionsfähigkeit des Geldes in einer freien Marktwirtschaft. Im Gegensatz zum Preis einer Ware ist ihr durch Arbeit bestimmter Wert nicht exakt zahlenmäßig bestimmbar. Das von *Karl Marx* (1.1.3) vorgeschlagene Maß der für die Waren-Herstellung »gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit« ist viel zu grob und für die meisten Arbeitsleistungen einfach unzutreffend. Aber auch eine bessere Meßmethode und Definition – z. B. die von *Th. Wagner* (1.1.4) vorgeschlagene Zurückführung auf das physikalische Maßsystem – liefert nur eine theoretisch interessante, aber praktisch unbrauchbare Hilfsgröße, die wegen ihrer unelastischen Starrheit und mangelnden Anpassung an wirtschaftliche Erfordernisse die Selbststeuerung des Wirtschaftsgeschehens zerstören würde. Übrigens

bedeutet die Arbeitswährung (falls sie überhaupt funktionsfähig wäre) für eine fortgesetzte Wirtschaftsentwicklung ein konstantes Lohnniveau bei sinkendem Preisniveau (also konstante Nominallöhne bei steigenden Reallöhnen), und diese beständig deflationäre Entwicklung würde (sofern sie nicht sehr langsam erfolgt) wegen der Selbstverstärkungs-Tendenz eine verstärkte Gegensteuerung mittels Umlaufgeschwindigkeit (also eine erhöhte Hortungssteuer) erfordern.

- 9.6 *Vergleichende Wertung.* Auch wenn man Gründe nennen kann für die Wahl der Indexwährung als der zweckmäßigsten Währung neutralen Geldes, darf man nicht durch einseitig monetaristische Betrachtungsweise (nur Preis statt Wert, Marktmechanismen, Quantitätstheorie, Währungsmanipulation) die Tatsache verdecken, daß *der durch Leistung geschaffene »Wert«* Grundlage und Angelpunkt des tatsächlichen Wirtschaftsgeschehens ist und bleibt; auch wenn ein solcher Wert im Gegensatz zum Preis nicht exakt objektivierbar und quantifizierbar ist. Vielmehr sollten die wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch die ethischen Werte in ihrer grundlegenden Bedeutung für jede sinnvolle Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung erkannt und anerkannt werden.

In diesem Sinn mögen die folgenden, sehr bedenkenswerten Definitions-Vorschläge von *Th. Wagner* (1.1.4) zitiert werden: *Ware* ist etwas, was einen *Wert* (nämlich Arbeitswert) *und* einen *Preis* hat. *Gegenbeispiele* sind einerseits der *Boden* (Preis, aber nicht Wert), andererseits eine durch neue Erfindung überholte Maschine oder auch eine neu erfundene, aber nicht konkurrenzfähige Maschine (Wert, aber nicht Preis). Weder Geld noch Arbeit an sich sind »Ware«: Das *Geld* hat nicht, sondern *repräsentiert* und *mißt* »Wert«. Auch die *Arbeit* hat nicht, sondern *ist* ein »Wert«, und zwar selbst *wertschöpfend*.

Bemerkungen 9a (zu 9.3). Die *Problematik der Indexzahlen* (verschiedene mögliche Wahl des Warenkorbes und des Bezugszeitpunktes) ist kein Argument gegen die Durchführbarkeit der Indexwährung, die nur die Aufgabe laufender Gegensteuerung gegen jede Index-Änderung hat (vergleichbar der Gegensteuerung des Kapitans gegen Strömung und Wind je nach der, am Kompaß kontrollierten, Kursabweichung). Denn alle Indizes reagieren auf Änderungen des Preisgefüges mit gleichsinnigen Ausschlägen, nur mit verschiedenen Ausschlags-Größen und zeitlichen Verzögerungen. Das zweckmäßigste Orientierungsmittel ist daher der rasch reagible *Großhandels-Index*.

9b (zu 9.3 und 9.4). Obwohl der Begriff des Bruttosozialproduktes neben den Waren auch die *Dienstleistungen* umfaßt, braucht die Index- und die Waren-Währung nur an die produzierte Warenmenge gekop-

pelt zu werden. In den durch Warenproduktion bestimmten Waren- und Geldkreislauf sind die Dienstleistungen durch Annahme und Weitergabe von Vergütungen in Geld eingeschaltet.

9c (zu 9.6). Die hier befürwortete marktwirtschaftliche Ordnung realisiert als solche einen hohen *ethischen Wert* durch die Sicherung der persönlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Hierzu gehört im Rahmen einer Währungsordnung neutralen Geldes dessen Funktionsfähigkeit (7.1 und 7.3), vor allem hinsichtlich der sozialen Funktionen (7.4). Eine solche Wirtschaftsordnung ist dem Wesen des Menschen angepaßt – statt die Anpassung des Menschen an eine künstliche oder gar utopische Ordnung zu fordern (moralische Überforderung des Menschen und Schaffung eines »neuen« z. B. »sozialistischen« Menschen). Ihre Funktionsfähigkeit gründet auf dem berechtigten Eigenwohlstreben (»homo oeconomicus«) unter der Bedingung des von der Wirtschafts- und Währungs-Ordnung bewirkten fairen Leistungsaustausches, und sie regt darüber hinaus (insbesondere durch die Einkommensverteilung nach 10.3) zu altruistischem Verhalten (Spenden, Schenken usw.) an.

10. *Die Einkommensverteilung*

10.1 *Reines Leistungseinkommen.* Das neutrale Geld bewirkt die Abschaffung des leistungslosen Einkommens (vgl. Geldstrom-Nebenzweig aus M nach der Figur zu 5.1 – allerdings mit Absehen von dem Problem der Grundrente). Daher gibt es nur noch Leistungseinkommen, d. h. Einkommen aus wirtschaftlichen oder, allgemeiner, aus gesellschaftsdienlichen Leistungen, und zwar hauptsächlich in den folgenden Formen:

- (1) Lohn für Arbeit in der Produktion oder für Dienstleistungen;
- (2) reiner Unternehmerge Gewinn (ohne Kapitalrendite) als Lohn für erfolgreiche, der Gesellschaft nützliche unternehmerisch-organisatorische Tätigkeit (bzw. Gehalt für sonstige Tätigkeit in Unternehmen, speziell für Manager);
- (3) zeitlich begrenzte Kapitalrendite als Prämie für die Bildung neuen und vor allem neuartigen Kapitals (Innovationen), nicht aber Dauer-Rendite aus Kapitaleigentum ohne Leistung (vgl. 6.2, also das auch von John Maynard Keynes verurteilte Einkommen des »funktionslosen Investors«).

10.2 *Leistungsbewertung.* Mit der allgemeinen Überwindung des leistungslosen Einkommens ist das Problem des individuell bemessenen Leistungseinkommens in unserer komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaft aber noch nicht gelöst. Der Versuch einer individuellen Leistungsmessung oder -bewertung (vgl. 9.5) ist mit der marktwirtschaftlichen Ordnung unverträglich, sofern dadurch die Selbstregulierung in der Ver-

teilung des Leistungseinkommens gestört wird. Im freien Wettbewerb zwischen den Selbständigen innerhalb eines Berufes wie zwischen verschiedenen Berufen, nämlich auf dem Warenmarkt für die Produzenten (Schuhmacher, Bäcker, Möbelschreiner usw.) und ebenso auf dem Dienstleistungsmarkt für Gewerbetreibende (Friseur, Arzt usw.) entscheidet einerseits das freie Spiel von Angebot und Nachfrage über die finanzielle Vergütung je nach Dringlichkeit des gesellschaftlichen Bedarfes und entscheidet andererseits jeder Einzelne über die Wahl von Tätigkeit oder Beruf in Kenntnis der finanziellen Bewertung durch die Gesellschaft je nach seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen und je nach den objektiven Anforderungen und Arbeitsbedingungen. Daher kann auch für eine relativ geringe Arbeitsleistung eine hohe Vergütung durchaus möglich und gerecht sein, wenn sie beispielsweise ganz besonders unbeliebt ist (Schmutzarbeit der Kanalreinigung) oder gesellschaftlich besonders wertvoll ist (genialer Einfall eines Erfinders – in der Regel freilich erst nach jahrelangem entsagungsvollen Bemühen). Innerhalb eines Unternehmens muß allerdings ein interner Verteilungsschlüssel in Anlehnung an analoge selbständige Tätigkeiten vereinbart werden (vgl. auch im folgenden 10.4).

- 10.3 *Verteilungskurve des Einkommens.* Bei Verwirklichung des reinen Leistungseinkommens entfallen in der Einkommensverteilung jene grotesken Unterschiede, die alle überhaupt möglichen Leistungsunterschiede um das Hundert- und Tausendfache übertreffen und nur in kapitalistischen Monopolpositionen begründet sind. Dafür bildet sich ein sehr breit gestreutes, allgemein relativ hohes Einkommen. Da überdies Kapital sehr billig zu haben ist (bei einem nahe über Null pendelnden Zinsfuß), kann jeder tüchtige unternehmende Arbeiter sich mit Eigentum der für seine Arbeit benötigten Produktionsmittel selbständig machen. Als Folge ergibt sich eine Verbesserung der Wettbewerbsstruktur für die Wirtschaft und ein teilweiser Abbau des Gegensatzes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
- 10.4 *Partnerschaft im Unternehmen.* In der weiteren Folge einer solchen Wirtschaftsentwicklung werden auch innerhalb eines Unternehmens die Mitarbeiter durch eine neue, nämlich partnerschaftliche Unternehmensverfassung in den Rang gemeinschaftlich tätiger Produzenten erhoben. Das bedeutet, daß nicht mehr der Lohn auf der Kostenseite, sondern der gemeinsam erwirtschaftete Arbeitsertrag auf der Gewinnseite des Unternehmens erscheint. Begriffe wie »Lohnarbeiter« und »Arbeitsmarkt« werden dann gegenstandslos sein.

Bemerkungen 10a (zu 10.1 und 10.3). In der charakterisierten Wirtschaftsordnung verliert auch das *Problem des Wirtschaftswachstums*

seinen bedrohlichen Charakter. Es gibt hier weder einen kapitalistischen Zwang zu mindestens 3% Wachstum (Erwirtschaftung eines zusätzlichen Ertrages zur Verzinsung des in der Gesamtwirtschaft investierten Kapitals) noch einen planwirtschaftlichen Zwang zu Nullwachstum (zwecks Bewältigung der Umwelt, Rohstoff- und Energie-Krise), sondern ein nur von den echten Bedürfnissen und Bedingungen (einschließlich der Knappheitsrelationen) gesteuertes *organisches Wachstum* als ein Neben- und Nacheinander jeweils bis zur Sättigung verlaufender einzelner Wachstumsprozesse in verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft. (Vgl: Aufsatz von *Winkler* in Heft 130 der »Fragen der Freiheit«).

10b (zu 10. 2). Voraussetzung solcher Selbststeuerung für Berufseinkommen und Berufswahl ist allerdings eine stetige Wirtschaftsentwicklung mit nur langsamen Veränderungen im dynamischen Gleichgewicht (vgl. 3.4).

Arbeitslosigkeit – Wie lange noch?*

Fritz Penserot

Einleitungsreferat von Gawan Vogel, Tagungsleiter: *Thesen aus der Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung zu dem Grundthema »Ursachen und Überwindung der Arbeitslosigkeit«*

Ziel der Seminararbeit ist es, eine dem Menschen gerecht werdende Gesellschafts-Ordnung – die zugleich der gesamten Natur gerecht werden muß – zu konzipieren und zu deren Verwirklichung beizutragen. Nicht auf ein Kurieren an den Symptomen der Nicht-Ordnung kommt es an, sondern auf die Lösung der Grundprobleme schlechthin.

In einer *Vorstellungsrunde* der Seminarteilnehmer wurde von allen Teilnehmern mehr oder weniger knapp dargestellt, welche Gründe sie bewogen haben, an dieser Tagung teilzunehmen; wie sie überhaupt den Weg zum Seminar gefunden haben und wie sie sich die Arbeit im Seminar vorstellen.

Alsdann erörterte Gawan Vogel »*Ansatzpunkte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit*« – der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung. »Warum können die Arbeitslosen ihre Fähigkeiten nicht in das Wirtschaftsleben einbringen? Nie hatten wir soviel Geld im Lande – und dennoch über zwei Millionen Arbeitslose. Dabei wäre bei Vollbeschäftigung die (heute fehlende) Nachfrage noch viel größer«. Die Vermutung liegt daher nahe, daß im heutigen Geldwesen zumindest eine Ursache der Arbeitslosigkeit zu suchen ist. Unser Geld ist doch Tauschmittel, Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel –

»Warum funktioniert das Geld – das Tauschmittel – nicht?«

»Warum geben die Geldbesitzer ihr Geld nicht stetig aus?«

»Warum besitzt das Geld eine Übermacht über Güter und Dienstleistungen?«

»Warum läuft das von der Deutschen Bundesbank eigens zu diesem Zweck »in Umlauf« gegebene Geld dennoch nicht stetig um?«

Die Antwort kann nur lauten: Weil es – im Gegensatz zum Güter- und Dienstleistungsangebot, das seiner Natur nach geradezu auf den Markt drängt – offensichtlich zurückgehalten werden kann, weil es – als Geldzeichen (Noten usw.) – ein wertstabiles Geldaufbewahrungsmittel ist. Die Folge davon ist: die Güter und Dienstleistungen werden angeboten und wollen eingesetzt werden, die Menschen wollen nicht hungern, sie wollen – als *Menschen* – tätig sein – aber die Nachfrage reicht infolge der Zurückhaltbarkeit des Geldes nicht aus, sie alle zu beschäftigen.

* Ein Bericht über die Tagung Arbeitslosigkeit – wie lange noch? am 17./18. September 1988 im Rahmen der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll

Deshalb erhebt sich die Frage: wie ist die *Gleichheit* von Produktion (>Angebot<) und Verbrauch (>Nachfrage<) erreichbar? Wie kann man das Geld veranlassen, stetig als Nachfrage nach den produzierten Gütern auf den Markt zu treten? Müßte es nicht notfalls mit geeigneten Maßnahmen quasi gezwungen werden, seine Tauschmittelfunktion auch wahrzunehmen?

Mit einem kurzen Hinweis auf das Werk von *Silvio Gesell* beschloß Gawan Vogel sein Einleitungsreferat.

Der Vortrag von *Franz Laxy* stand unter dem Titel »*Neue wissenschaftliche Ansätze zur Überwindung der Arbeitslosigkeit*«. *Laxy* beginnt mit einer Erörterung des Begriffes »Wissenschaftliche Ansätze« und stellt sodann fünf Ansätze dar:

- 1) eine modifizierte Nachfragetheorie
- 2) die Angebotstheorie
- 3) die Theorie der rationalen Erwartungen
- 4) eine Analyse des Geldbegriffes von Prof. *Dieter Suhr*
- 5) eine Analyse der Thesen von *Ravi Batra*

Zu 1) Der *Nachfragetheorie* zufolge soll dann, wenn die private Nachfrage ausfällt, der Staat einspringen durch Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel von der Notenbank zum Ausgleich für das zurückgehaltene Geld (Vorschlag *Keynes*), insbesondere auch durch eine »Antizyklische Fiskalpolitik«. Da aber bei dieser Politik inflationistische Effekte nicht zu vermeiden sind und diese reine Nachfragetheorie deshalb unzulänglich sei, müsse man eine »modifizierte« *Geldmengenspolitik* treiben: die Geldmenge »im Auge behalten«, nur »Wenig inflationieren«, ggf. »etwas Unterbeschäftigung hinnehmen« und allgemeine Lohnerhöhungen über den Gleichgewichtslohn hinaus möglichst vermeiden.

Zu 2) Die *Angebotstheorie* verlangt: Abbau der Staatsvorschriften, Steuerersenkungen zur Stärkung der Unternehmen, Vermeiden von Lohnerhöhungen, keine staatliche Kreditaufnahme, die die Zinsen in die Höhe treiben würde. Kurzum lauter Maßnahmen, die der Stärkung der Produktions-(Angebots-)seite dienen. Dann schaffe das Produzieren, das Angebot, über die dadurch erzielten höheren Arbeitseinkommen mehr kaufkräftige Nachfrage. Deshalb: zuerst Investitionen – sie schaffen die Nachfrage! Die Gesamtgeldmenge müsse entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes stets im Gleichgewicht mit der Gesamtproduktion gehalten werden. Stelle sich dann dennoch Arbeitslosigkeit ein, so müsse man diese halt als »natürlich« bezeichnen (*Milton Friedman*).

Zu 3) Die »*Theorie der rationalen Erwartungen*« geht von der Annahme aus, daß die Menschen ihre Entschlüsse von den Zukunftserwartungen bestimmen lassen. Werden steigende Preise erwartet, dann versucht man, noch zuvor (relativ billig) einzukaufen. Man muß also den Leuten sagen,

demnächst werde mehr Geld in Umlauf gegeben, dann werden die Leute daraus schließen, daß Preiserhöhungen zu erwarten sind, und die Arbeiter und Gewerkschaften werden daraus schließen, daß sie alsbald ihre Lohnforderungen erhöhen können. Dadurch entsteht ein kurzfristiger Aufschwung – der aber ebenso rasch auch wieder gedämpft wird. Es ist das Prinzip, das in der *Phillips-Kurve* seinen Niederschlag gefunden hat. Es besagt: Je höher die Inflation, desto höher die Beschäftigung, und je niedriger die Inflationsrate, desto mehr Arbeitslosigkeit ist zu erwarten. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* hatte dies einmal in die Worte gekleidet: »Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit. Da es aber beim Eintreten eines neuen Aufschwungs trotz Inflation nur zu Stagnation (»Stagflation«) kommt, so beweist dies, daß auch die »Theorie der rationalen Erwartungen« nur für ganz kurze Zeit einen Erfolg zeitigen kann und demzufolge abwegig ist.

Zu 4) Zur *Theorie von Dieter Suhr*. *Suhr* stellt fest, daß das Geld analog dem *Joker* im Kartenspiel als das allgemeine Tauschmittel eine *Jokerfunktion* hat, und seine These ist nunmehr, daß diesem *Joker*, der den *Nutzen* von seiner allseitigen Verwendbarkeit hat, einschließlich der Fähigkeit, sich gänzlich vom Markte zurückzuziehen, auch die entsprechenden *Kosten* aufgebürdet werden müssen, damit er, um diese Kosten zu vermeiden, stets bestrebt ist, als Nachfrage auf den Markt zu treten. Auf diese Weise werde der stetige Umlauf des Geldes gesichert. Wie diese Umlaufsicherungsmethode im einzelnen gehandhabt werden soll, dies wurde leider nicht erörtert.

Zu 5) Zur *Theorie von Ravi Batra*. *Ravi Batra*, Wirtschaftsprofessor an der Southern Methodist University, erwartet um das Jahr 1990 einen Zusammenbruch der gesamten Weltwirtschaft. Die Ursache dieses Zusammenbruches sieht er vor allem in der Konzentration des Kapitals in ganz wenigen Händen – so befinden sich heute ca. 36% des Gesamtvermögens im Besitz von weniger als einem Prozent der Einwohner der USA. Diese Kapitalkonzentration könne auf etwas längere Sicht einfach nicht so weitergehen und auch gar noch ständig gesteigert werden. Sie führe geradezu zwangsläufig zur Depression. Hauptursache dieser Kapitalkonzentration sieht *Ravi Batra* in den außerordentlich niedrigen Vermögensteuern der USA. Seine Forderung ist deshalb: gleichmäßig hohe Besteuerung aller Vermögen. Im übrigen plädiert er für eine »Demokratisierung« der Wirtschaft (was immer er darunter versteht).

Abschließend brachte *Franz Laxy* zum Ausdruck, daß seiner Meinung nach der *Suhr-Vorschlag*, langfristig gesehen, wohl der einzig richtige sei. Und: »Welcher Staat würde es riskieren, das Problem in diesem Sinne zu lösen, das heißt das Geldsystem zu ändern, um der zum Trauma gewordenen Zielvorstellung vom »Magischen Dreieck oder Viereck« zu entgehen?«

Das Thema des Referates von *Jobst von Heynitz* lautete:

»Rechtliche und politische Hindernisse der Vollbeschäftigung«

Alle wirtschaftspolitischen Vorschläge, die das Rechtsleben berühren, müssen mit unserer Rechtsordnung vereinbar sein. Nicht jedes »Gesetz« aber ist auch schon »Recht« oder »Ordnung«. Deshalb ist zu fragen:

1) Gibt es *rechtliche Hindernisse* für die Vollbeschäftigung?

Im Grundgesetz: »nein«.

Gibt es ein verbrieftes »Recht auf Arbeit«? Auch hierzu sagt *von Heynitz*: »nein«.

Gibt es vielleicht einen Artikel im Grundgesetz; aus dem ein Recht auf Arbeit abgeleitet werden könnte? v. H. »nein«.

Auch aus Art. 2 GG (»Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«) kann kein solches Recht auf Arbeit zwingend abgeleitet werden. Einen individuellen Rechtsanspruch, der gegen den Staat oder gegen Unternehmen geltend gemacht werden könnte, gibt es nicht. Andererseits steht aber die Vollbeschäftigungsforderung keineswegs im Widerspruch gegen Art. 2 GG. Dieser Artikel bietet also kein Hindernis für die Bemühungen um Erlangung der Vollbeschäftigung.

2) Gibt es eine Bestimmung, einen Artikel im Grundgesetz, der den Staat zu einer Rechts-Ordnung verpflichten würde, derzufolge sich der Staat doch um die Überwindung der Arbeitslosigkeit bemühen müßte? *Von Heynitz*:

»Ernst genommen, ist der Staat doch indirekt beauftragt, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen – ohne Verletzung der Grundrechte.« Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Buch »*Geld ohne Mehrwert*« von *Dieter Suhr*, insbesondere auf das 7. Kapitel, »*Verfassungsrechtliche Kritik der Geldordnung*«, demzufolge der Staat als Wähler der Freiheitsrechte und der Rechtsgleichheit, sowie als Schützer des Eigentumsrechts der Menschen geradezu verpflichtet sei, auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Wahrung dieser Rechte, nämlich insbesondere das Geldwesen, so zu gestalten, daß von ihm keine Übervorteilung von Menschen ausgehen könne, sondern daß es vielmehr zur *Gleichheit im Geben und Nehmen* komme (und dadurch letztlich zur Überwindung der Arbeitslosigkeit).

3) Gibt es Gesetze anderer Art, die die Freiheit beeinträchtigen? Hier verweist *von Heynitz* auf unsere *Schul- und Hochschulgesetzgebung*, sowie auf unser *Krankenversicherungswesen*, die in dieser Hinsicht erhebliche Mängel aufweisen, auf die hier aber nicht eingegangen werden könne.

Die *Gruppenarbeit* wurde von *Gawan Vogel* eingeleitet mit der Frage: »Wo bleiben die jungen Leute, die wir ansprechen möchten? Das Soziale Netz hat die schlimmste Not abgedeckt, doch die Bestrebungen des »Seminars für freiheitliche Ordnung« führten (nicht zuletzt deshalb?) doch nicht weiter.«

Dazu *Dr. Dieter Haselbach*: »Nur wenn *Interessen* mobilisiert werden, kann eine Bewegung entstehen.«

Gewiß, eine umlaufgesicherte Währung kann zwar nicht alles lösen, aber sie kann ohne Zweifel dazu beitragen, daß manche Probleme gelöst oder zumindest besser gelöst werden. Dennoch müsse man von den *Interessen* der Menschen ausgehen und von dem, was sie bewegt. Wenn also die Umlaufsicherung des Geldes als einziger Lösungsvorschlag genannt werde, so werde sie aus Mangel an allgemeiner Zustimmung keine Chance haben.

Über die Arbeit in den drei Gruppen und über viele der aufgeworfenen Fragen wurde am Sonntag Vormittag berichtet.

Eckhard Behrens. Grundsätzlich wird die *Umlaufsicherung des Geldes* angestrebt, wenngleich man sich des außerordentlichen Widerstandes dagegen seitens aller Interessengruppen bewußt ist. Angeregt wurde u. a., einmal die *Rechenschaftsberichte* der Schatzmeister der Parteien über die *Parteienfinanzierung* vom Bundestagspräsidium anzufordern (das ist heute als Folge der Spendenaffäre möglich), um sich einen Überblick über die Einflußnahme von Interessengruppen auf die Gesetzgebung zu verschaffen und daraus evtl. Folgerungen zu ziehen.

Im übrigen ist man sich im klaren darüber, daß der eigentliche *Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bei der Deutschen Bundesbank* liegt, die ohnehin immer wieder vor dem Problem steht, wie die in Umlauf gegebene Geldmenge auch einigermaßen stetig im tatsächlichen Umlauf gehalten werden kann – und nicht (wie etwa die 1000er Banknoten) in Riesenbeträgen gehortet wird. Sollte es indessen vorerst nicht möglich sein, generelle Umlaufsicherung des Bargeldes durch Erheben einer entsprechenden Gebühr auf die Noten zu erreichen, so sei allerdings eine vorsichtig betriebene und offiziell angekündigte Inflationspolitik immer noch besser als Nichtstun, denn die Zukunftserwartungen sicherten den Geldumlauf und verminderten die Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grade. – Freilich, eine wahre Lösung ist das nicht!

Gawan Vogel berichtete über die Arbeit der zweiten Gruppe. Es fehle nicht an Wachstum (mit allen fatalen Folgen), sondern an der Nachfrage. Wie kann diese stimuliert werden?

Eftim Haralanoff plädiert für eine beständige leichte Inflation von mindestens 3% und höchstens 8%. Dann sparen die Sparer bei der Sparkasse, obwohl die Zinsen durchschnittlich nur den Inflationsverlust ausgleichen; während die Investoren und andere Kreditnehmer sich leicht verschulden können, weil die Zinsen praktisch gar keine seien.

Hans Wanner und *Herr Malig* hingegen betonten, daß nur eine Geldumlaufumsicherung im Sinne von *Silvio Gesell* die Arbeitslosigkeit auf Dauer überwinden könne.

Franz X. Laxy gab zunächst einen inhaltlichen Bericht über die Arbeit der dritten Gruppe, dabei vornehmlich zu dieser Frage: »Wie hoch ist der Wis-

senschaftsgehalt einer Theorie?« Er unterschied dabei die »*Realitätsnähe* einer Theorie von der »*Mathematisierbarkeit*« derselben, die in jedem Fall realitätsfern sei. Er selbst gebe stets der Realitätsnähe den Vorrang.

Zur *Methodik* der Bemühungen um die Verwirklichung der Theorien von Dieter Suhr, Ravi Batra und Silvio Gesell stellte er die Frage: »*Warum kommt die Freiwirtschafts-Idee in der Öffentlichkeit nicht an?*«

In dem abschließenden *Schlußgespräch*, das Gawan Vogel mit der Frage eröffnete: »Sind die Erwartungen der Teilnehmer erfüllt?« stellte Eckhard Behrens fest, daß die Chancen der Freiwirtschaft, in der Öffentlichkeit anzukommen, keineswegs so schlecht seien, wie von Franz Laxy befürchtet. Veröffentlichungen aus dem Umkreis der Deutschen Bundesbank zeigten, daß man dort sehr wohl ein Ohr für die Bedenken habe, die von der Freiwirtschaft erhoben werden bzw. die den Bedenken der Freiwirtschaftler entsprechen – auch wenn dies öffentlich nicht so ausgesprochen wird. Die Bundesbank sei erkennbar beunruhigt, wenn es zu Nachfragen bei ihr komme, warum z. B. die alljährlich erfolgenden Geldmengen-Zielvorgaben wiederum erheblich überschritten worden seien und ob oder warum dies notwendig sei.

Dr. Lothar Vogel stellte in seinem groß angelegten Vortrag unter dem Titel »*Mensch und Arbeit*« die *Arbeit als Wesensausdruck des Menschen* heraus, wobei alleine die *anthropologische Forschungsmethode wirklichkeitsgemäß* sei. Er ging dabei von der dualistischen Betrachtungsweise aus, wonach von kapitalistischer Seite die Behauptung aufgestellt werde, daß nur das Kapital Arbeit schaffen könne, demgegenüber von der Arbeiterseite das *Recht auf Arbeit*« als Menschenrecht betont wird, das mit Hilfe der Gewerkschaften durchgesetzt werden müsse durch entsprechende Lohnpolitik, Mitbestimmung, Teilhabe am Sozialprodukt bis hin zur Altersversorgung usw.

Beide Sichtweisen bezeichnet Lothar Vogel als Randprobleme, die nur zu Auseinandersetzungen, Kämpfen usw. führten, die aber den eigentlichen Forderungen des *Menschen* nicht gerecht werden. Und er stellt geradezu als Postulat heraus: »Jeder Mensch muß sein eigener Unternehmer sein.« Alles, was die Initiativen der einzelnen Menschen hemmt, ist unsozial. Die Autonomie des Menschen ist eine organische Tatsache, so wie es schon die Aufrichtekraft des Kleinkindes zeige: ICH! ICH bin ICH! Diese Kraft und diesen Willen zu fördern – hier liegt die Aufgabe des Bildungswesens, der Schulen. Aber gerade da versage die heutige Staatsschule. Da wo der Mensch sich selbst helfen kann, da soll der Staat nicht eingreifen. Die Ordnung muß deshalb so gestaltet werden, daß der Mensch sich auch selbst helfen kann! Dies führt zur Verwirklichung des wahren *Subsidiaritätsprinzips*.

Zur *Anthropologie der Arbeit*: Jedes Organ, das wir nicht bestätigen, verkümmert: auch das Geistige. Daß der Mensch vollmenschlich tätig ist, ist die Voraussetzung des Menschseins! Hinweis auf *Schillers* Briefe »Über die

ästhetische Erziehung des Menschen«. Aber heute sind Millionen von Menschen durch ihr Arbeitsverhältnis fremdbestimmt. Ganz anders die Kulturentwicklung im 9. bis 11. Jahrhundert oder die Wirtschaftsblüte in der Stauferzeit und vor allem die ungeheure Musikkultur im 16./17. Jahrhundert. »Hier ist das eigentlich Menschliche Ereignis geworden.« Wo sind wir dagegen hingekommen mit unserem »Realismus« seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts! Hier *Mathesis*, Logik, materialistische Naturwissenschaft – dort *Anamnesis*, Erinnern (an die Ideenwelt), „selbst die Welt kennenlernen, Gemüt, Spiel; nicht auf den Effekt kommt es an, sondern auf das liebende Üben. Die »Zukunftentscheidung« der Eltern und Lehrer für das Kind zerstört das »Interesse« des Kindes. Das »Lernen« im Kindergarten zerstört die Spielfähigkeit, so wie das Zensieren der Schülerarbeiten das Interesse der Schüler an der Sache zerstört.

Zur *Arbeit*: So diese für den Markt erfolgt und die Leistung in freier »Gegenseitigkeit« vergütet (bezahlt, quasi benotet) wird, ist diese Bezahlung berechtigt. Und Lothar Vogel stellt zwei Sichtweisen sehr unterschiedlicher Herkunft dar: *Willemer* an *Goethe*: »Ich habe das beste aller Güter, die Arbeit, lieb gewonnen.« und *Abraham Lincoln*: »Die Arbeit kommt vor dem Kapital, ist also unabhängig von ihm. Das Kapital ist die Frucht der Arbeit und könnte nicht existieren, wenn nicht die Arbeit vorher wäre. Arbeit kann ohne Kapital sein, aber Kapital nicht ohne Arbeit. Darum ist die Arbeit dem Kapital immer weit überlegen.«

Die Arbeit des Menschen allein ist das individuell Schöpferische, das in der geringsten Tätigkeit wie in der genialen Leistung wirksam ist. Sie ist allein als Tätigsein das Ewige in der Welt, das wahrhaft geistige Schaffen. (vgl. auch »Verwirklichung des Menschen« in Heft 183 F. d. F. Seite 21–41)*

Auf das Arbeitsverhältnis bezogen, heißt das: nur wenn sich die Arbeiter im Verhältnis der »Gegenseitigkeit« zu ihren »Arbeitgebern« befinden, sind sie insoweit frei, sich selbst bestimmend. Ist dies nicht der Fall, sind sie infolge der Arbeitslosigkeit zu Arbeitsverträgen gezwungen, quasi »gemietet«, die ihrem Wesen nicht entsprechen, so ist es mit der Ausübung des vom Grundgesetz verbrieften Rechts auf die »freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit« vorbei.

Ferner hob *Lothar Vogel* hervor: Ohne die Lösung der *Bodenfrage* ist die Arbeitsfrage nicht gänzlich zu bewältigen. Eine wahre Selbstbestimmung des Menschen ist nur durch eine Lösung des Bodenrechts zu erreichen. Denn, je mehr die Menschen in die Raster der vom Kapital beherrschten Industriegesellschaft eingespannt sind, desto mehr verkümmern sie. Nur in der *Kunst*, soweit sie nicht auch schon korrumpt und degeneriert ist, besteht noch das Wechselverhältnis von Geist und Natur.

Lothar Vogel beschloß seinen Vortrag mit einem Wort von *Leonardo da Vinci*: »Wer den Stern schaut, kehrt nicht mehr um.«

Zukünftige Landwirtschaft – eigenständig, ökologisch und ökonomisch

Ein Resumee der Landwirtschaftstagung vom 25./26. Februar 1989

Jobst von Heynitz

1. Landwirtschaft im Spannungsfeld

Die Landwirtschaft steht heute in einem Spannungsfeld zwischen

1. Verbraucherwünschen nach qualitativ hochwertiger Nahrung einerseits, aber auch »Möglichst-Billig-Produkten« andererseits,
2. gestiegenen ökologischen Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis und
3. zunehmend ungeduldigeren Leuten aus Gewerbe, Handel, Industrie und Arbeitnehmerschaft, die nicht mehr länger zusehen wollen, wie sie einerseits als Steuerzahler zunehmend sinnlosere Subventionen für den Bereich der Landwirtschaft finanzieren müssen, die nur zu einem geringen Teil die Landwirte erreicht, andererseits mehr und mehr Handelsbeschränkungen auf den Weltmärkten für gewerbliche Produkte hinnehmen müssen, weil dem EG-Landwirtschafts-Protektionismus vom Ausland nicht mehr sanktionslos zugeschaut wird.

Diese Tatsachenbeschreibung soll weder einzelne Landwirte noch die Landwirtschaft insgesamt an den Pranger stellen, wie es leider noch häufig geschieht. Das liegt dem Seminar für freiheitliche Ordnung fern. Im Gegenteil: Es hat ein breites Interesse daran, Landwirte und Landwirtschaft aus der »Vorwurfsecke« mit allen möglichen Beschuldigungen wieder befreit zu sehen und möchte durch seine Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu Fragen der landwirtschaftlichen Praxis und der Landwirtschaftspolitik dazu beitragen, daß dieses Ziel möglichst bald erreicht wird.

Den Landwirten kann man zunächst einmal keinen Vorwurf machen. Denn die Verbraucher sind zu einem großen Teil schuldig an der Misere in der Landwirtschaft. Sie haben noch nicht erkannt, daß es letztlich von ihrem Verbraucher- und Nachfrageverhalten abhängt, was uns die Landwirtschaft bedeutet und liefert. Die heutigen Produktionsmethoden der konventionellen Landwirtschaft, vor allem aber Tiermastindustrie und der Schnell-Und-Billig-Pflanzen-Produktion, und die davon ausgehenden Gefahren für die Verbraucher sind in erster Linie eine Folge ihrer Gewohnheiten und Wünsche. Ihre sich wandelnde Nachfrage nach riesigen Mengen möglichst billiger Fleisch- und Wurstwaren und billiger pflanzlicher Nahrung hat den

Wandel zur heutigen Art, Landwirtschaft zu betreiben, hervorgerufen. – Allerdings wendet sich heute ein zunehmender Teil der Verbraucher von diesen Gewohnheiten ab, vermindert den Fleischkonsum und verlangt qualitativ hochwertige pflanzliche Nahrung und gibt damit den Landwirten die Möglichkeit, auf ökologisch verträgliche Weise Landwirtschaft zu betreiben. Viel mehr Landwirte könnten diesen Weg bereits gehen, da diese Nachfrage bereits ein beträchtliches Ausmaß erreicht hat und nicht vollständig befriedigt werden kann; aber noch fürchten sie die Umstellung, obwohl auch ihnen klar sein dürfte, daß die konventionelle Landwirtschaft mit hohen Kunstdüngergaben, breitem Maisanbau, Massentierhaltung und der Verwendung hoch giftiger Pflanzenschutz- und Unkrautvernichtungsmittel usw. mit den ökologischen Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis längst nicht mehr vereinbar ist.

Auf der anderen Seite müssen Landwirte verstehen lernen, daß Angehörige aus Handwerk, freien Berufen, Handel, Industrie und Arbeitnehmerschaft schon lange gegen steigende Steuern für die zum größten Teil sinnlosen Agrar-Subventionen der EG, des Bundes und der Länder murren und diese Subventionen, aber auch die Exportbeschränkungen nicht mehr widerspruchslos hinnehmen werden, die die USA und andere außereuropäischen Länder gegen gewerbliche Güter aus der Bundesrepublik verhängen oder androhen, weil die EG ihre Agrargüter aussperrt und herabsubventionierte EG-Agrar-Überschüsse auf den Weltmärkten anbietet, die die Agrarweltmarktpreise verderben.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung hat versucht, in seinem Haus in Bad Boll den sich daraus ergebenden Fragen in einer öffentlichen Tagung nachzugehen. Prof. Diercks als Pflanzenbau-Wissenschaftler beleuchtete die Entwicklung der landwirtschaftlichen Praxis der letzten 150 Jahre mit ihren Fortschritten und Nachteilen für Mensch und Natur, Martin Scheele als Agrarökonom schilderte und kritisierte die Entwicklung der Wirtschaftspolitik für die Landwirtschaft, insbesondere die eingetretenen Engpässe, Eckhard Behrens vom Seminar behandelte ordnungspolitische Fragen zur Landwirtschaftspolitik. Franz-Josef Grenzbach, ökologisch wirtschaftender Landwirt, sprach über die Leistungsfähigkeit und Absatzmöglichkeiten der ökologischen Landwirtschaft, die auf den Einsatz betriebsfremder zugekaufter Kunstdünger, Futtermittel und moderner chemischer Spritz- und Düngemittel total verzichtet. Den Blick in die durch Macht- und Interessenkämpfe schwierige hohe Politik öffnete Georg Gallus, parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, den Teilnehmern, als er am Sonntag die Tagung besuchte. Die Vorträge von Prof. Diercks, Martin Scheele und Franz-Josef Grenzbach sind in Heft 197 abgedruckt.

Im Laufe des Gesprächs wurden folgende Leitlinien für die künftige Entwicklung der Landwirtschaft erkennbar. Die unternehmerische Eigenständigkeit der Landwirte darf nicht aufs Spiel gesetzt werden; deshalb muß die staatliche Milchquotenverwaltung enden und dürfen andere Agrarprodukte nicht kontingentiert werden. Die Geduld des exportierenden Gewerbes und der Steuerzahler darf von der Landwirtschaftspolitik nicht weiter strapaziert werden. Sie werden z. B. nicht mehr länger zusehen wollen, daß exportierte Agrarüberschüsse und Agrarimportverbote ihre Exportmöglichkeiten beschränken oder bedrohen. Daß die Mittel für die teure und mehr und mehr unfinanzierbare Preisstützung der EG nur zu 30% als Einkommen bei den Landwirten ankommen, die anderen Teile aber in die Taschen von Geschäftsleuten fließen, die preisgestützte Agrarprodukte lagern, exportieren und vernichten, und in die Taschen Krimineller, die mit Machenschaften aller Art etwa 10% dieser Mittel sich »beschaffen«, findet auch kein Verständnis mehr. Deshalb wird die Preisstützung für Agrarprodukte nicht mehr zu halten sein, auch wenn sich Agrarpolitiker damit nur bedingt anfreunden können, weil ohne sie die Preise für gewöhnliche Massenprodukte aus der konventionellen Landwirtschaft drastisch, wahrscheinlich auf das Weltmarktniveau fallen werden und dies für viele konventionell produzierende Landwirte das »Aus« sein wird, die selbst nichts für höhere Preise tun, z. B. mit qualitativ hochwertigen Produkten auf sich aufmerksam machen oder außerhalb des traditionellen Agrarhandels neue Vermarktungswege aufbauen.

An erster Stelle – das betonte auch Georg Gallus – wird die Durchsetzung ökologischer Ziele stehen, z. B. der drastisch gesenkte Einsatz von Kunstdüngern und modernen Pflanzenschutzmitteln zum Schutz des Wassers und Naturhaushalts, die Einschränkung der intensiven und die Förderung der extensiven Landwirtschaft. Sinkende Agrarpreise stärken die Neigung, aus Kosteneinsparungsgründen zur extensiven, naturnahen Landwirtschaft überzugehen, und liegen daher auch auf der Linie künftiger ökologiebetonter Landwirtschaftspolitik.

Aus ökologischen Gründen ist die Wiederherstellung von Biotopen, Hecken, Rainen und anderen ökologischen Nischen für die Artenerhaltung von Pflanze und Tier und der Vermehrung des natürlichen Gleichgewichts geboten. Auf diesem Felde können vor allem Landwirte Nützliches leisten, so daß sich hier sinnvolle Beschäftigungsfelder für Landwirte eröffnen. Sie können für diese Dienste, die der Landschaftverschönerung und dem Tourismus dienen, aus den wachsenden staatlichen Haushalten für ökologische Zwecke bezahlt werden, so daß auf diesem Wege Einkommensverluste aus der landwirtschaftlichen Produktion ausgleichbar sind. In der Bevölkerung wächst das Verständnis für ökologische Belange und dafür beträchtlich, daß

Steuermittel für diesen Zweck gebraucht werden. Daher darf erwartet werden, daß die Bevölkerung es annehmen wird, wenn einerseits die sinnlosen Ausgaben für die Preisstützung eingestellt, andererseits Steuermittel für die Bezahlung ökologischer Leistungen der Landwirte ausgegeben werden.

Die Betriebe des ökologischen Landbaues arbeiten extensiv, tragen zur Verminderung der Überschüsse bei, haben sich in der Regel selbst und mit Hilfe der ökologischen Landbauverbände eigene Vermarktungswege eröffnet, erzeugen vom Verbraucher zunehmend begehrte Produkte, können angemessen hohe Preise erzielen, sind auf Subventionen und Preisstützung kaum angewiesen, müssen sich daher auch nicht vor dem Fortfall der Preisstützung fürchten. Sie liegen daher, das wurde auf der Tagung deutlich, voll im Trend der Leitlinien zukünftiger Landwirtschaftsentwicklung und -politik und müßten, z. B. durch den Fortfall der EG-Preisstützung, belohnt werden, damit ihre Wettbewerbsvorteile voll zur Geltung kommen, sie zum Motor künftiger Landwirtschaftsentwicklung werden und sich mehr Landwirte dieser sinnvollen Art, Landwirtschaft zu betreiben, anschließen.

Die Tagungsprospekte und -anschläge haben unter Bauern Erregung ausgelöst, weil man glaubte, die Landwirte würden gescholten. Die Tagung richtete sich aber nur gegen die fragwürdigen Ergebnisse der Landwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, nicht gegen davon betroffene und darunter als Opfer leidende Landwirte.

Im Übrigen: Wer hat Grund, sich zu erregen? Sind es neben den Landwirten nicht jene Bevölkerungsteile, die das teure Vergnügen der Preisstützung und anderer sinnlos vergeudeter Steuermittel dauernd bezahlen? Es wird Zeit, daß die Agrarpolitiker erkennen, daß die Landwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte auf dem Rücken der Landwirte und dieser Bevölkerungsteile gemacht wurde, so daß eine Entspannung im Verhältnis der Landwirte und der anderen Bevölkerungsteile, die mit der Landwirtschaft nichts direkt zu tun und heute kaum noch eine Beziehung zur Landwirtschaft haben, dringend geboten ist. Wie die Landwirte des ökologischen Landbaues sollten auch andere Landwirte aus der Isolation heraustreten und wieder ein Verhältnis zu den Verbrauchern ihrer Produkte aus den anderen Bevölkerungsteilen schaffen. Dann wird man auch ihnen gerne helfen und entgegenkommen, nicht zuletzt in der Landwirtschaftspolitik bei der Gewährung von Überbrückungshilfen, wenn die EG-Preisstützung aufgehoben wird.

Österreich – wohin gehst du?

Anläßlich der Tagung »Arbeitslosigkeit – wie lange noch?« erreichte uns aus Österreich nachstehender Beitrag:

»Arbeitslosigkeit« ist, oberflächlich gesehen, Mangel an Arbeit. Doch der tiefere Grund ist in Wahrheit eine »Gleichgewichtsstörung«. – Ich kenne deren elf mögliche Störungen! Hier sei nur die gravierendste herausgegriffen, weil sie gegenwärtig eine führende Rolle spielt.

Würde jeder Mensch, der eine Leistung erbringt, eine Leistung im gleichen Wert von anderen in Anspruch nehmen, gäbe es keine Arbeitslosigkeit! – Da aber viele Menschen »sparen«, also auf den Konsum verzichten, muß es auch Menschen geben, die sich »verschulden«, als keine oder nicht genügend Gegenleistung erbringen! – »Verschulden« oder gar überschulden kann sich nur ein Teil der Menschen bzw. der Staaten gegenüber anderen Menschen bzw. Staaten. Eine »allgemeine Überschuldung« ist nicht möglich! – »Schuldenmachen« setzt ja das Vorhandensein von »Gläubigern«, also Sparern voraus!

Genügend »Schulden machen«, die Voraussetzung für »Vollbeschäftigung«, ist aber nur dann auf Dauer möglich, wenn man dem Schuldner keine, oder nur sehr geringe Zinsen auflastet. Hohe Zinsen treiben Private, Unternehmer, ja sogar ganze Staaten in den Bankrott und zur Arbeitslosigkeit!

Andererseits muß man den Sparern genügend Zinsen zahlen, um das Geld in die Sparkassen zu locken! – Wird Geld zu Hause gespart, kann man zwar das fehlende Geld durch Neudruck ersetzen. Drückt man aber immer nur so viel Geld, daß man eine Deflation vermeidet, ohne

aber Inflation zu erzeugen (Indexwährung), dann wird auch weiterhin immer mehr Geld zurückgehalten! Bis eines Tages ein Teil der Sparer verunsichert wird und das Geld in Sachwerte umlegen will. – Es entsteht »Inflation« und das bewirkt, daß nun alle Sparer ihr Geld noch rasch in Sachwerte umsetzen wollen. Der Damm ist gebrochen, das rückgestaute Geld erzeugt eine gewaltige Inflation und Bankenbruch! – Es folgt eine kurze »Konjunktur« und dann wieder eine lange Zeit der immer schlimmer werdenden Arbeitslosigkeit, bis zum neuerlichen Bankenbruch. So liefen in früheren Zeiten die sogenannten Zyklen ab! Da man daraus gelernt hat, schaut man darauf, daß möglichst wenig Geld zu Hause liegen bleibt, indem man die Leute zu Gehaltkontos zwingt! Und damit es zu keinem großen Bankensturm kommen kann, verlockt man die Leute, ihr Geld möglichst langfristig zu binden! Daß es nicht mehr so leicht zu einem abrupten Geldwertsturz bzw. Bankeneinbruch kommt, dafür sorgt nicht nur die Staatsmacht in internationaler Zusammenarbeit, sondern vor allem auch die Insider, die sehr wohl wissen, daß die mit der Stabilwährung erreichte »echte« Verzinsung von vornherein zum Absturz verurteilt ist! Sie raten daher den Anlegern, ihr Geld in Realwerte oder in der Schweiz anzulegen, selbst wenn man dort – statt Zinsen zu bekommen – Depotgebühren zahlen muß.

Real gesehen sind bei Stabilwährung auch die Kreditzinsen zu hoch und so kommt es zu erhöhten Insolvenzen, mangelnder Verschuldungsbereitschaft und damit zur Arbeitslosigkeit. Man hilft sich, indem man den Staat immer mehr

verschuldet. Und die Privaten bringt man zur Verschuldung, indem man ihnen saftige Förderungen gibt, wenn sie sich verschulden!

Der Steuerzahler wird schon zahlen! – Oder?

Den Politikern wird es ungemütlich, und so kommen sie auf so absurde Ideen, wie die »Sparbuchsteuer«. – Was soll's? Trifft's nur die langfristig Gebundenen, treibt man die Leute zu ungebundenem Sparen – das ist gefährlich! Schlucken die Sparkassen die Steuer, müssen sie die Kreditzinsen erhöhen. Das bringt noch weniger Verschuldungsbereitschaft, noch mehr Insolvenzen! Daher noch mehr Risiko und damit wieder höhere Kreditzinsen, weniger Verschuldungsbereitschaft usw. Es schaukelt sich ins Verderben!

Freilich, warum sollte uns nicht auch eine »sanfte Landung« gelingen? Das heißt, die notwendige Geldabwertung (Inflation) gleitend vorzunehmen, wie dies die Amerikaner getan haben (mit fremder Hilfe – auch mit unserer – wie immer!) Aber wird uns jemand helfen? Warum tun wir es nicht gleich? Bevor es zum »sanften Landen« ohne Hilfe zu spät ist?

Will man eine beständige Vollbeschäftigung, dann ist dies am besten mit einer ständigen Inflation von mindestens drei Prozent, höchstens aber acht Prozent zu erreichen. Auf diese Weise erreicht man, daß die Sparer in der Sparkasse sparen, obwohl die Zinsen im Durchschnitt nur den Inflationsverlust wettmachen! – Und daß sich andererseits genügend Menschen verschulden wollen und können, weil die Zinsen, die sie zahlen, in Wahrheit keine sind!

Wenn bei hohen Zinsen die Politiker es nicht wagen, den Staat weiterhin zu verschulden, wie sollen es dann erst die Privaten wagen?

Wenn es einer von den Wirtschaftsprofessoren noch immer nicht glaubt, daß man zur Vollbeschäftigung mindestens 3%, höchstens 8% Inflation braucht, dann möge er doch die Statistiken studieren. Dann wird er wissen, warum Österreich so lange eine »Insel der Seligen« war!

Österreich, geh' wieder deinen eigenen, vernünftigen Weg! Verlasse die Währungsschlange!

Eftim Haralanoff

Die Mitwirkenden dieses Heftes

Jobst von Heynitz

Ludwig-Thoma-Straße 10, 8000 München 60

Dr. Ernst Winkler

Mozartstraße 6, 8023 Pullach

Fritz Penserot

Dhauner Straße, 6570 Kirn

Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

RoBauchtert 6, 7325 Bad Boll

Eckhard Behrens

Bergstraße 29, 6900 Heidelberg

Prof. Dr. jur. Hermann Hummel-Liljegren

Badensche Straße 50, 1000 Berlin 62

Die große Rezession von 1990

Die nächste Weltwirtschaftskrise ist vorprogrammiert.
Strategien zur Absicherung. Der weltweite Bestseller.

Von K. Ravi Batra*

Wenn der Mensch sein Lebensschifflein inmitten eines Stromes sieht, das langsam und gemächlich, auch mal eine kurze Zeit etwas stürmisch, seine ihm vorgegebene Bahn zieht, so freut er sich seines Lebens, sieht keinerlei Ursache für eine Veränderung und lebt in der Überzeugung, es wird weiterhin so bleiben. Denn, um mit *Christian Morgenstern* zu sprechen: »... daß nicht sein kann, was nicht sein darf«, nämlich eine Veränderung seiner Verhältnisse zu seinem Nachteil. Bricht der Sturm nun plötzlich los, droht der Strom, getrieben vom Hochwasser, seine Ufer zu verlassen, die Dämme zu zerreißen, dann beginnt der Kampf ums Überleben, ab und zu durchzuckt von der Erkenntnis, daß man dieses Geschehen eigentlich hätte kommen sehen müssen, es nun aber für Vorsorgemaßnahmen zu spät ist.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *Prof. Dr. Ravi Batra* hat mit diesem Buch, 1985 erstmalig in den USA erschienen, die vielen Zukunftsprognosen um einige interessante Ideen bereichert. Zuerst gesellt er sich zu den Kulturphilosophen und liefert in dem Kapitel »Das Gesetz der sozialen Zyklen« eine neue Theorie über Aufstieg, Höhepunkt und Niedergang der Kulturen. Diese Analyse der Entwicklung der sozialen Klassen unter der Prämisse der Evolution erweckt den historischen Determinismus zu neuem Leben.

Der zweite Teil umfaßt die drei Abschnitte »Der langfristige Zyklus des Geldmengenwachstums in den Vereinigten Staaten«, »Der langfristige Inflationszyklus in den Vereinigten Staaten« und »Der langfristige Zyklus staatlicher Wirtschaftslenkung in den USA«. Hier sind die entscheidenden Wirtschaftsabläufe der 200jährigen amerikanischen Geschichte in übersichtlichen Schaubildern aufbereitet; wahrscheinlich erstmalig. Ein historisches Kompendium von erstaunlicher Aussagekraft. Es wird gezeigt, wie Regierungen blindlings wie Spieler am Roulettetisch das wirtschaftliche Geschehen ihrer Völker gestalten. Das Faszinierende ist der Nachweis, wie sein »Gesetz der sozialen Zyklen« in diesen 200 Jahren wirksam wurde.

Die Ergebnisse aller Forschungen des Verfassers kommen in dem zentralen Abschnitt »Vermögenskonzentration und Depression« zum Ausdruck. Er zeigt eine Übersicht über die Wirtschaftskrisen seit 1780, – ebenfalls mit beweiskräftigen Schaubildern versehen. Und führt u. a. zum Ergebnis: die große Wirtschaftskrise von 1929 wurde entscheidend durch die Vermögenskonzentration verursacht. Zahlenangaben untermauern: 1929 besaßen 1 % der Familien der USA einen Anteil am Volksvermögen von 36,3 %. Damit hatte die Vermögenskonzentration einen Höhepunkt erreicht (S. 151). *Batra's* Schlußfolgerung: Die 1929 ausgebrochene Depression wurde wesentlich durch diese Vermögenskonzentration verursacht.

* Wilhelm Heyne Verlag, München, 1988,
271 Seiten, DM 36,—

Der dritte Teil des Buches bringt dann die Vorhersage der »großen Krise 1990–1996«, Vorschläge für persönliche »Anlagestrategien« und, als Abschluß, Vorschläge für Regierungen und Zentralbanken, wie diese »eine neuerliche Depression verhüten können«. Ein umfangreicher Anhang mit Quellenmaterial, Bibliographie, Personen- und Sachregister ist beigefügt. *Batra* unterscheidet mehrfach und eindeutig zwischen Rezession und Depression. Seine Aussage: »Eine Depression ist also, kurz gesagt, das Ergebnis einer von einer Finanzpolitik begleiteten Rezession« (S. 159).

Die Vorschläge *Batras* für persönliche Anlagestrategien sind umfangreich und sicherlich gut gemeint. Allerdings: wenn ein ins Gewicht fallender Prozentsatz seiner Leser diese Vorschläge in die Tat umsetzen würde – zwei Drittel der Vermögen durch Verkauf von Wertpapieren und Immobilien in bare Kasse zu verwandeln – dann würde genau das eintreten, was er verhindern will: *der ganz große Crash!* Denn das wäre, zusätzlich zu dem Entzug großer Mengen liquider Mittel durch die Großvermögen, ein solch entscheidender weiterer Störfaktor, daß *keinerlei Maßnahmen von Regierung und Banken den nunmehr endgültigen Zusammenbruch verhindern könnte.*

Zum Abschluß befällt den Rezensenten die gleiche Melancholie, die auch unterschwellig beim Verfasser erkennbar wird. Allerdings hier zumeist wegen der Unkenntnis des Werkes Silvio Gesells »Die natürliche Wirtschaftsordnung« seitens des Verfassers. Folgt man Gesells

Theorie bezüglich der »rostenden Banknoten«, so entstanden die Krisen, weil das Geld durch seine Hortbarkeit *seiner Aufgabe als Tauschmittel* verlustig ging und zu einem *Machtmittel* geworden ist. Infolgedessen muß man diejenigen, die Geld und damit Macht gehortet haben, durch geeignete Maßnahmen nötigen, ihr aufgehäuftes, dem Wirtschaftskreislauf entzogenes, gehortetes Geld wieder in denselben zurückzuführen. Das kann beim Bargeld geschehen, indem zum Beispiel die großen Geldscheine von Zeit zu Zeit aufgerufen und diese nach einem Terminablauf einem Wertverlust unterworfen werden, dessen Höhe sich nach der Wirtschaftssituation richtet. Bei Giralgeldern aller Art könnte diese Zurückführung dann mit Negativzinsen erreicht werden.

Die Vorschläge von *Batra* sind keinesfalls abzulehnen. Die Sondersteuer für die Groß- und Größtvermögen würde entscheidend zur Bereinigung der Haushaltsdefizite beitragen. Aber einen durchschlagenden, dauerhaften Erfolg würden *Batra's* Maßnahmen erst dann erbringen, wenn die »rostenden« Banknoten – nach *Gesell* – oder, was das Gleiche zum Ausdruck bringt, – »Geld muß sich abnützen« nach R. *Steiner* – durchgeführt werden. *Batra* fordert – »Vorbeugen ist besser als heilen« (S. 217) – »fundamentale Reformen« (S. 218), um dann zu bestätigen, daß für die als notwendig erkannten Reformen »*die ihnen entgegenstehenden politischen Realitäten jede Chance zunichte machen*« (S. 218).

Ja, so ist es auch diesseits des großen Teiches.

Hugo Schwenk



In memoriam Heinz-Peter Neumann

Das Leben und Leiden unseres Freundes Heinz-Peter Neumann haben seine Freunde mit innerster Teilnahme in den letzten Monaten begleitet.

Wir hatten zur Zeit seines letzten Krankenhausaufenthaltes wiederholt längere Gespräche mit ihm, aus denen seine Hoffnung sprach, noch eine Besserung seines gesundheitlichen Zustandes, vor allem die Gehfähigkeit, zu erreichen.

Den Angehörigen bleibt als Trost, daß unser verehrter, lieber Heinz-Peter Neumann in seinem Leben und darüber hinaus umgeben ist von einem ungewöhnlich großen Kreis von Menschen, die ihn hoch geschätzt haben und ihm wesentliche Impulse für ihr eigenes Leben, vor allem für ihr Weltbild, verdanken.

Seit der ersten Begegnung mit Heinz-Peter Neumann 1951 war er uns ein Wegweiser für das Verständnis und die Beurteilung der Lebensverhältnisse unserer Zeit. Sein umfassender klarer Blick in die Triebkräfte unserer Zeit hat uns allen ein Vorbild gegeben für überpersönliche, emotionsfreie Sicht der historischen Entwicklungsbedingungen für eine menschengemäße Lebensordnung. Der Beitrag Heinz-Peter Neumanns für eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens aus den Quellen des Menschseins selbst ist nicht mehr aus unserer Zeit hinwegzudenken.

Es liegt an uns, die wir uns jetzt von ihm verabschieden mußten, sein geistiges Werk zu bewahren. Es ist kein Erbe für uns, sondern das immerwährende Beispiel, nicht zu erlahmen in der Verfolgung eines großen Zieles, auch wenn für den Augenblick scheinbar der sichtbare Erfolg ausbleibt. Wir sind der Überzeugung, und dies haben wir von Heinz-Peter Neumann gelernt, daß Ideen wirken, daß sie die Keime sind für den Fortgang der menschlichen und der sozialen Entwicklung.

So möchten wir im Gedenken an Heinz-Peter Neumann Dank sagen für die Lebensbegegnung mit unserem Freund.

Wenn wir seine Gedanken und seine Lebensbemühungen getreu im Bewußtsein weitertragen, werden wir ihm verbunden bleiben.

Zu seinem 65. Geburtstag am 24. April 1988 haben wir in »Fragen der Freiheit«, Heft 191 vom März/April 1988, Thema: »Soziale Bewegung« die Lebensarbeit unseres Freundes Heinz-Peter Neumann gewürdigt. Dort haben wir auch wesentliche Veröffentlichungen und Initiativen Heinz-Peter Neumanns aufgeführt.

Für den Freundeskreis

Heinz-Hartmut Vogel

Zum Tode von Heinz-Peter Neumann*)

Gestern fand in Berlin die Trauerfeier für unseren verstorbenen Freund *Heinz-Peter Neumann* statt. *Fritz Andres* und ich haben für das Seminar für freiheitliche Ordnung teilgenommen. Ich möchte die erste Gelegenheit in unserem Kreise ergreifen, in das Gedächtnis zu rufen, was uns die Mitarbeit von Heinz-Peter Neumann bedeutet hat. Lassen Sie mich mit den letzten persönlichen Begegnungen beginnen, die wir mit ihm in diesem Kreise hatten. Vor gut einem Jahr, im April 1988, haben wir hier in diesem Raum im Anschluß an unsere Abiturtagung seinen 65. Geburtstag gemeinsam gefeiert. Das war ein beglückender

*) Nach einer Rede zum Gedächtnis im Rahmen der Tagung am 20. Mai 1989 in Bad Boll

Ausdruck unserer persönlichen Verbundenheit kraft jahrzehntelanger gleichgesinnter Bemühungen. Im Mai 1988 nahm er zum letzten Mal an einer Tagung in diesem Hause teil. Danach war er durch einen Unfall und die gesundheitliche Entwicklung gehindert zu kommen, hat sich aber telefonisch und durch die Fragen der Freiheit über unsere Arbeit weiter informiert und vieles beratend begleitet.

Heinz-Peter Neumann wurde bei Kriegsende erwachsen. Die Schrecken des Krieges und die Not des Zusammenbruchs waren die ersten tiefen eigenen Lebenserfahrungen. Er hatte dann das Glück, studieren zu können, und sein Wahrheitssinn hat ihn dabei erfolgreich angeleitet. Viele Bausteine für eine funktionsfähige freiheitliche und soziale Ordnung hat er damals schon zusammengetragen, einschließlich der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells, der er zeit lebens als einer ihrer kenntnisreichsten Vertreter verbunden blieb. Viel stärker als den meisten Zeitgenossen war ihm bewußt, wie sehr die Menschen mit ihren Gedanken über die sozialen Zusammenhänge, in denen sie leben, deren Gestaltung mitbestimmen. Er hatte daher stets ein lebhaftes Interesse dafür, wie sich das Sozialdenken der Zeitgenossen weiterentwickelt. Dabei gab ihm das durch die Freiwirtschaftslehre erworbene Zukunftswissen die Gewißheit, daß es Chancen wesentlicher Verbesserung unserer Sozialordnung gibt, von denen viele noch nichts ahnen. Dies große Wissen gab ihm große Ruh'.

Er war ein Mensch, der von seinem Fach, der Jurisprudenz, in bestem Sinne geprägt war. Sein profundes rechtliches Wissen hat er nie als Machtinstrument eingesetzt, sondern aus ihm sprach stets der Wille zum Ausgleich, die rechtliche Klugheit, die nach tragfähigen Ordnungen des menschlichen Zusammenlebens strebt. Hinzu kam bei ihm die wache Zeitgenossenschaft. Er bemühte sich stets um eine Einschätzung aller gesellschaftlich wichtigen Entwicklungen und aller Chancen, weitere Fortschritte zu erreichen. Dabei wußte er das bereits Erreichte einzuordnen und notfalls energisch zu verteidigen.

So hat er den großen Einfluß unseres Grundgesetzes auf die Nachkriegsentwicklung unserer Gesellschaft und auf ihre weitere Zukunft immer wieder in unser Bewußtsein gerufen. Ob wir über wirtschaftliche Fragen, über Fragen des Kulturlebens oder über Fragen der rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung sprachen, Heinz-Peter Neumann verstand es immer deutlich zu machen, welche große Bedeutung das Grundgesetz für uns hat, wieviel Vorbildliches darin liegt.

Unser Freund hat seit 1962 regelmäßig an den Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung teilgenommen. Er erlebte damals die erste Herrschinger Tagung mit und hat seitdem unsere Tagungen durch eigene Vorträge, als Diskussionsleiter und durch viele Gesprächsbeiträge mitgetragen.

Bei einer Trauerfeier hat man die Gelegenheit, auch von anderen Menschen, die zum Verstorbenen ganz andere Beziehungen hatten, über ihn etwas zu erfahren. Es hat sich dadurch unser Bild abgerundet und andererseits hat sich bestätigt, daß Heinz-Peter Neumann eine ganz besondere Fähigkeit des Zuhörens hatte und die Fähigkeit, Auffassungsunterschiede zu überbrücken und mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die anderer Meinung waren, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben. Diese Tatsache hat seine Mitwirkung für den Stil unserer Arbeit so wertvoll gemacht. Er konnte Gespräche an einem Punkt, wo es

nicht mehr so richtig weiterzugehen schien, wieder flott machen. Prinzipien zu haben, ohne in abstoßende Prinzipienreiterei zu verfallen – das war eine seiner ganz großen Stärken, wie bei der gestrigen Trauerfeier in Berlin von allen Seiten bestätigt wurde.

Deshalb gelang es ihm auch immer wieder, Menschen der unterschiedlichsten Art zu fruchtbaren Gesprächen zusammenzuführen, z. B. als langjähriger Präsident des Berliner Lions Clubs. In diesem Sinne pflegte er auch bei sich im Hause in Berlin den sogenannten »Kellerkreis«, wo alle aktuellen Fragen unserer Zeit durchgesprochen wurden – in den letzten Jahren sehr häufig die Frage, wie wir zu mehr Freiheit im Schul- und Hochschulwesen kommen können. Dieses Anliegen hatte er durch das Seminar für freiheitliche Ordnung kennengelernt. In freiheitlichster Weise versuchte er, dafür innerhalb des staatlichen Schulwesens zu wirken und auch für freie Schul-Initiativen ganz anderer pädagogischer Auffassungen Lebensräume zu erkämpfen. Er hat deshalb in Berlin den Verein für ein freies Schulwesen mitgegründet und energisch gefördert.

In einer großen Spannweite hat er unsere Arbeit mitgetragen. Es gab kein sozialwissenschaftliches Thema, das ihn nicht interessiert hätte. Wir haben noch gar nicht alle Tagungsprojekte ankündigen können, die mit ihm schon besprochen waren und die auf seine Mitarbeit angelegt waren. Sein Kreis in Berlin hat davon manches vorbereiten können. Er hat ihn daher mit Recht immer als Arbeitsgruppe des Seminars für freiheitliche Ordnung bezeichnet und auch insofern vorbildlich als Außenposten gewirkt.

Wir hatten damit gerechnet, daß er in diesem Sinne noch viele Jahre hier unmittelbar mitwirken könnte. Er war ein tragendes Mitglied unseres Beirats und hat besonders im Rahmen des Generationswechsels in unserem Vorstand eine wichtige Rolle gespielt. Nun können wir auf seine Hilfe nur noch in anderer Weise rechnen. Dazu gehört, daß wir uns seiner erinnern.

Eckhard Behrens

Ein Brief an die Familie

Ein wunderbarer Mensch ist von uns gegangen. Heinz-Peter Neumann war uns ein hervorragender Freund. Ich entsinne mich vieler erfrischender Diskussionen in Seminaren mit ihm, aber auch in fröhlicher Runde in »Neumanns Keller«. Von ihm ging eine herrliche Ruhe aus, er verstand es, die Wogen zu glätten, wenn die Streithähne allzu hitzig wurden. Glänzende Formulierungen, stupendes Wissen und trockener Humor zeichneten ihn aus. Heinz-Peter Neumann war ein gütiger Mensch und ein hervorragender Freund, der dem anderen Gesprächspartner half, beim Sprechen seine Gedanken zu klären und zu formulieren. Nicht selten hatte er sich ausgiebig Zeit genommen, ein Manuskript durchzusehen und in bester Freundschaft wertvollen Rat gegeben. Ich bin dankbar, daß ich in meinem Leben fast ein Vierteljahrhundert lang immer wieder fruchtbare Begegnungen mit Heinz-Peter Neumann haben durfte. Ich werde ihn nie vergessen.

Hermann Hummel-Liljegren

Chor der Toten

Wir Toten, wir Toten sind größere Heere
Als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere!
Wir pflügten das Feld mit geduldigen Taten,
Ihr schwinget die Sicheln und schneidet die Saaten,
Und was wir vollendet und was wir begonnen,
Das füllt noch dort oben die rauschenden Bronnen,
Und all unser Lieben und Hassen und Hadern,
Das klopft noch dort oben in sterblichen Adern,
Und was wir an göltigen Sätzen gefunden,
Dran bleibt aller irdische Wandel gebunden,
Und unsere Töne, Gebilde, Gedichte
Erkämpfen den Lorbeer im strahlenden Lichte,
Wir suchen noch immer die menschlichen Ziele –
Drum ehret und opfert! Denn unser sind viele!

Conrad Ferdinand Meyer

Tagungen des 2. Halbjahres 1989

- 17. Juni** **Autonomie und Wettbewerb im Hochschulwesen**
- 16. September** **Geschichte der Währungstheorie und -politik
im 20. Jahrhundert**
- 7. Oktober** **Der Föderalismus im Grundgesetz und
die europäische Einigung**
- 27.–29. Oktober** **Rudolf Steiner und Silvio Gesell
– Wegbereiter einer sozialen Zukunft**
- 9.–10. Dezember** **Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit:
Die Bedeutung der französischen Revolution
für die Gegenwart**

Änderungen vorbehalten!

Nähere Auskünfte und Anmeldung beim Seminar für freiheitliche Ordnung
(Adresse oben) oder vor Veranstaltungsbeginn.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,

Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,
D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 35 73

Preis: Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 400,—

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 90,— (sfr. 90,—/ ö. S. 750) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Einzelhefte: DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 70,— zuzügl. Versandkosten

Sammel-
mappen: jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 10,—, ö.S. 85,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000 (BLZ 600 697 66)

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Johann Wolfgang von Goethe

ISSN 0015-928 X

Kaiser-Druck GmbH, 7335 Salach

Printed in Germany

